

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 38. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses**

vom:	<b>04.12.2002</b>
von:	<b>16:00 Uhr</b>
bis:	<b>18:30 Uhr</b>
Ort:	<b>Rathaus Siegen Ratssaal</b>

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender -  
Stv Bertelmann, Hans-Günter  
Stv Boller, Joachim  
Stv Elter, Uwe  
Stv Fries, Traute  
Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz - bis 17.15 Uhr, während TOP 14 ö. T. -  
Stv Höpfner-Diezemann, Ute - für Stv Dreisbach, Jürgen -  
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm  
Stv Moll, Ilona  
Stv Mues, Gunter  
Stv Panthöfer, Ulrich - für Stv Schierner, Hansgeorg bis 16.45 Uhr, w. TOP 5 ö. T. -  
- für Stv Prof. Dr. Holzäpfel, H. ab 17.15 Uhr, w. TOP 14 ö. T. -  
Stv Rothenpieler, Wilhelm  
Stv Schierner, Hansgeorg - ab 16.45 Uhr, während TOP 5 ö. T. -  
Stv Schneider, Manfred - für Stv Köhl, Siegfried -  
Stv Schulte, Werner  
Stv Schwarz-Schumann, Helga - für Stv Dr. Stötzel, Wolfgang -

##### II. Beratendes Mitglied:

Stv Walter, Klaus-Volker

##### III. Als Zuhörer:

Stv Panthöfer, Ulrich - von 16.45 Uhr bis 17.15 Uhr -

IV. Aufgrund besonderer Einladung zu TOP 5 n. ö. T.:

Herr Harms - Werkleiter des Eigenbetriebes der Stadt Siegen -

V. Von der Verwaltung:

StK Baumeister

StR Dr. Rohr

StBR Brune

Städt. VD Kühn - bis 16.50 Uhr, während TOP 7 ö. T. -

Städt. VD Lehmann - ab 17.05 Uhr, während TOP 13 ö. T. -

Justitiarin Nölle

Städt. OVR Düber - ab 17.00 Uhr bis 17.10 Uhr (TOP 11 bis TOP 14 ö. T.)

Städt. VR Dorsch

StA Langenbach - ab 17.00 Uhr bis 17.10 Uhr (TOP 11 bis TOP 14 ö. T.)

VA Karst

StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Dreisbach, Jürgen

Stv Köhl, Siegfried

Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

**Zur Tagesordnung:**

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um die Punkte 3.1, 3.2 und 14 erweitert.

---

Herr Boller beantragt, TOP 5 des nichtöffentlichen Teiles im öffentlichen Teil zu behandeln. Zur Begründung verweist er auf den von seiner Fraktion schriftlich vorgelegten Antrag.

Herr Baumeister macht deutlich, dass die Phase der Grundlagenermittlung noch nicht überschritten ist. Sollte ein positives Votum der städtischen Gremien zur Fortsetzung der Überlegungen ausgesprochen werden, so ist eine offensive Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. In der heutigen Beratung sollen lediglich Chancen und Risiken einer US-Cross-Border-Lease-Transaktion diskutiert werden. Die Anlagen zur Vorlage beinhalten schützenswerte Daten, die nur nichtöffentlich behandelt werden können. Weiterhin besteht die Gefahr, dass die Verhandlungsposition der Stadtverwaltung Siegen durch eine öffentliche Beratung nachhaltig geschwächt werden kann.

Nach der heutigen Grundlagendebatte ist eine Splittung in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Beratungsweg denkbar, so Herr Bürgermeister Stötzel.

Herr Boller ändert seinen Antrag dahingehend ab, dass die nichtöffentlichen Aspekte in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden, für die Abhandlung der anderen aber eine Beratungsmöglichkeit im öffentlichen Teil geschaffen wird. Er verweist insofern auf die grundsätzliche Regelung der Gemeindeordnung, wonach Ausnahmen von der Öffentlichkeit von Sitzungen im Einzelfall begründbar sein müssen.

Herr Bertelmann schließt sich dem geänderten Antrag von Herrn Boller an.

**Beschluss (auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, im öffentlichen Teil einen Punkt „US-Cross-Border-Lease-Transaktion“ zu ergänzen.

**Beratungsergebnis: 2 Stimmen dafür (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, UWG),  
13 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

**1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (CDU)**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Schulte bestimmt.

**38. HFA 04.12.2002**

**2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.11.2002**

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

**38. HFA 04.12.2002**

**3. Fragestunde**

**3.1. Künftige Nutzung der Deponie Fludersbach / Umschlagplatz-Alternativen**

Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.11.2002

Herrn Brune informiert, dass die kreiseigenen Deponiestandorte seitens der Kreisverwaltung einer Überprüfung unterzogen worden sind. Resultat ist, dass die Deponie Winterbach / Herzhausen um eine Umladestation für Restmüll ergänzt wird, eine

Umladestation für Biomüll ist dort bereits vorhanden. Hinsichtlich der Inertstoff-Deponie Leimbachtal konnte mit dem Grundstückseigentümer bislang keine Einigung erzielt werden.

**38. HFA 04.12.2002**

**3.2. Verkehrsbelastung der Fludersbach;  
hier: Entwicklung des LKW-Verkehrsaufkommens**

Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.11.2002

Die Antwort von Herrn Brune ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**38. HFA 04.12.2002**

**4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

**38. HFA 04.12.2002**

**5. Gewerbe- und Industrieflächenkonzept / Teilkonzept 1  
- Einleitung des GEP-Änderungsverfahrens -**

Vorlagenr. 2277/2002 - Vorlage vom 10.10.2002

Herr Boller zeigt auf, dass im Rahmen der letztjährigen Debatte zum Industrie- und Gewerbeflächenkonzept sowohl eine seriöse Bedarfsermittlung als auch ein Gewerbeflächenkataster verlangt wurde. Beiden Forderungen wurde bislang nicht nachgekommen. Er kann sich dem Beschlussvorschlag nur unter der Bedingung anschließen, dass eine mögliche Nutzung des ehemaligen Truppenübungsplatzgeländes als Gewerbegebiet endgültig ausgeschlossen wird. Den Gesichtspunkt eines schonenden Umganges mit der Landschaft vermisst er in den Darstellungen der Vorlage. Seines Erachtens existieren genügend un- bzw. untergenutzte Gewerbeflächen im Stadtgebiet.

Die Herren Mues, Bertelmann, Kirchhöfer, Walter und Bürgermeister Stötzel sprechen sich dafür aus, Vorsorge dahingehend zu treffen, dass der derzeit in Siegen offene Gewerbeflächenbedarf künftig abgedeckt werden kann und somit Grundlagen für zukünftige Arbeitsplätze geschaffen werden.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss als Planungsausschuss nimmt den auf Grundlage seines Beschlusses vom 12.12.2001 weiterentwickelten Vorschlag zur Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für die Bereiche Oberschelden/Seelbach, Faule Birke und Eisernhardt zustimmend zur Kenntnis.

**Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 1 dagegen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
0 Enthaltungen**

**38. HFA 04.12.2002**

**6. Verteilung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zur „Lokalen Agenda in Siegen“ für das Jahr 2002 an die bestehenden Agenda-Arbeitsgruppen**

Vorlagenr. 2317/2002 - Vorlage vom 29.10.2002

Namens der CDU-Fraktion lehnt Herr Mues eine Förderung von, aus Sicht seiner Fraktion, umstrittenen Organisationen oder Projekten mit öffentlichen Geldern ab.

Frau Fries appelliert, den verbleibenden Agendaprozess positiv zu begleiten.

Herr Boller befürchtet einen Zusammenhang zwischen der durch Herrn Mues zum Ausdruck gebrachten Meinung der CDU-Fraktion und der Tatsache, dass die Vorlage in der vergangenen Sitzung zurückgezogen wurde.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, den beantragten Gesamtbetrag in Höhe von 4.080,00 € wie unter den laufenden Nummern 1 bis 5 der Vorlage aufgeführt zu verteilen.

**Beratungsergebnis: 5 Stimmen dafür (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
9 dagegen, 1 Enthaltung (CDU)**

Der Beschlussvorschlag ist somit abgelehnt.

**38. HFA 04.12.2002**

**7. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002**

Vorlagenr. 2346/2002 - Vorlage vom 19.11.2002

Herr Baumeister zeigt ergänzend zur Vorlage auf, dass die prognostizierten Ergebnisse aller Voraussicht nach sehr nahe am endgültigen Jahresergebnis liegen werden. Eine Veräußerung von RWE-Aktien mit der kalkulierten Einnahmeerwartung von 8 Mio. € wird in 2002 aufgrund des Kursverfalles der Aktie nicht mehr vorgeschlagen, der genannte Betrag ist als Zielvorgabe in das Haushaltsjahr 2003 vorzutragen. Deutlich wird, dass die Entwicklung des dramatischen Verfalles der tragenden Einnahmesäulen Gewerbesteuer und Einkommensteueranteil, wie bereits vor Monaten von der Verwaltung aufgezeigt, keinen Abriss nimmt. Trotz der im 3. Quartalsbericht ausgewiesenen leichten Verbesserung des prognostizierten originären Fehlbedarfs gegenüber der Prognose zum 31.07.2002 besteht angesichts der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Haushaltsjahr 2003 kein Anlass, eine positive Grundstimmung zu verbreiten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002 zur Kenntnis.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**38. HFA 04.12.2002**

**8. Beteiligungsbericht der Stadt Siegen 2002**

Vorlagenr. 2333/2002 - Vorlage vom 05.11.2002  
dazu: Berichtsband „Beteiligungsbericht 2002“

Herr Baumeister weist die in den vergangenen Wochen laut gewordene Kritik des Bundes der Steuerzahler bezüglich mangelnder Transparenz kommunalen Beteiligungswesens für die Stadt Siegen deutlich zurück. Den Beteiligungsbericht der Stadt Siegen bezeichnet er als wichtiges und wertvolles Nachschlagewerk und Steuerungsinstrumentarium für die städtischen Gremien.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Beteiligungsbericht 2002 zur Kenntnis.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**38. HFA 04.12.2002**

9. **Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zur Sitzung am 10. Dezember 2002;**  
**hier: Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 01. Januar 2003**

**- Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW -**

Vorlagennr. 2347/2002 - Vorlage vom 18.11.2002

#### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH für die Sitzung am 10. Dezember 2002 zum Tagesordnungspunkt 3 "Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. Januar 2003" keine Weisung nach § 113 Abs. 1 GO NW zu erteilen.

Er empfiehlt gleichzeitig dem Rat der Stadt Siegen, vorstehende Dringlichkeitsentscheidung zu genehmigen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (UWG)**

**38. HFA 04.12.2002**

10. **Erlass von Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass gemäß §§ 14 bzw. 16 des Ladenschlussgesetzes im Jahr 2003**

Vorlagennr. 2356/2002 - Vorlage vom 19.11.2002

Herr Boller führt an, dass bei keiner der im Beschlussvorschlag aufgezählten Veranstaltungen dargelegt ist, weshalb die erweiterten Öffnungszeiten notwendig sind. Um eine sachgerechte Entscheidung fällen zu können, ist eine einschlägige Begründung dahingehend erforderlich, dass die Veranstaltungen *ohne* geänderte Ladenöffnungszeiten nur mit geringerem Erfolg durchgeführt werden können.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt den Bürgermeister, die Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen bzw. an

Samstagen über die allgemeinen Ladenschlusszeiten hinaus zu den Veranstaltungen

- Neujahrsempfang am 04.01.2003 - Samstag, 16.00 bis 18.00 Uhr
- Frühlingsfest in Siegen am 30.03.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr
- Frühlingsmarkt in Weidenau am 06.04.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr
- Altstadtfest am 13.09.2003 - Samstag, 16.00 bis 18.00 Uhr
- Herbstfest in Siegen am 28.09. oder 02.11.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr
- Herbstfest in Weidenau am 05.10.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr
- Bürgerfest in Geisweid am 12.10.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr

zu erlassen.

**Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 3 dagegen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 1 Enthaltung**

**38. HFA 04.12.2002**

**11. 1. Änderung der Gebührensatzung für den öffentlichen Krankentransport und Rettungsdienst der Stadt Siegen vom 29. November 2001; Gebührenanpassung**

Vorlagenr. 2355/2002 - Vorlage vom 19.11.2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den öffentlichen Krankentransport und Rettungsdienst der Stadt Siegen vom 29. November 2001 mit Wirkung vom 1. Januar 2003.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**38. HFA 04.12.2002**



12.     **1. Änderung des Bebauungspl. Nr. 49 „Berghofstraße“ in Meiswinkel;  
hier:**
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
  - Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen
  - Beschluss der 1. Bebauungsplanänderung als Satzung

Vorlagennr. 2297/2002 - Vorlage vom 24.10.2002

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden;
2. es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Bürgern und den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) keine Anregungen bzw. Stellungnahmen vorgebracht wurden;
3. die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" als Satzung;
4. die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" laut Anlage 2 zur Vorlage.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**38. HFA 04.12.2002**

13.     **7. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung d. Friedhöfe im Stadtgebiet von Siegen vom 27.01.1981;  
hier: Erhöhung der einzelnen Gebührentarife nach § 4 der Satzung**

Vorlagennr. 2265/2002 - Vorlage vom 15.10.2002

dazu: Vorabauszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses am 18.11.2002

Herr Schneider verweist auf den vorliegenden Auszug aus der Niederschrift über die 55. Sitzung des Bauausschusses am 18.11.2002. Er wiederholt die ihm wichtigen Aspekte und fordert, über seinen im Bauausschuss formulierten Antrag auch im Haupt- und Finanzausschuss abzustimmen.

**Beschlussvorschlag (mit Erweiterung auf Antrag von Herrn Schneider):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß Anlage 9 zur Vorlage die 7. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet Siegen vom 27.01.1981 mit folgenden Änderungen:

Die Gebühr der Kostenstelle 11 für

- die Bestattungsart „Reihengrab (Kinder)“ wird neu auf 605,00 €
- die Bestattungsart „Reihengrab (Urne)“ wird neu auf 630,00 €
- die Bestattungsart „Anonym (Urne)“ wird neu auf 630,00 €

festgesetzt.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**38. HFA 04.12.2002**

**14. Sanierung des Naturfreibades Eiserfeld**

Vorlagenr. 2391/2002 - Vorlage vom 03.12.2002

Frau Höpfner-Diezemann erklärt sich gemäß § 31 GO NW für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Dr. Rohr erläutert die präsentierte Tischvorlage ausführlich und ergänzt, dass der Sport- und Bäderausschuss in seiner Sitzung am 03.12.2002 eine Empfehlung im Sinne des heute unterbreiteten Beschlussvorschlages bei Enthaltungen der SPD-Fraktion, die keine fraktionsinterne Beratung durchführen konnte, abgegeben hat.

Herr Kirchhöfer kritisiert, dass im Rahmen der seinerzeit extern beauftragten Untersuchung der Sport- und Bäderlandschaft in der Stadt Siegen (Sport- und Bädergutachten) auch für das Naturfreibad Eiserfeld konkrete Vorschläge unterbreitet wurden. Die Realisierung dieser hätte im Vergleich zum jetzigen Kostenrahmen einen sehr viel größeren Finanzaufwand bedeutet. Die Verwaltung hätte im Vorfeld Zielsetzung und Kostenrahmen für die Sanierung des Naturfreibades Eiserfeld definieren und gleichzeitig prüfen müssen, ob nicht mit weniger Geld eine verträgliche Lösung zu erzielen gewesen wäre. Eine vorbehaltlose Zustimmung zum heute unterbreiteten Beschlussvorschlag ist ihm daher unmöglich.

Die Mittel, die zur Erstellung des teuren Gutachtens aufgebracht wurden, hätten zu einem Teil bereits in der konkreten Maßnahmeumsetzung Verwendung finden können, meint Herr Schneider.

Herr Brune führt aus, dass das seinerzeitige Konzept eine Sanierung des Bades in der zur Zeit vorhandenen Größenordnung vorsah. Mangels Finanzmasse hat der Förderverein nun eine komplett andere Zielsetzung, mit der aber dennoch auf Jahre hinaus eine endgültige Lösung erreicht wird.

Herr Bertelmann begrüßt die vorgesehene Beschränkung der Sanierung auf ein notwendiges Maß.

Das enorme bürgerschaftliche Engagement, das durch den Förderverein erbracht wird, ist hoch anzuerkennen, so Herr Mues. In der Hoffnung, dass der nunmehrige Finanzrahmen eingehalten wird, kann er den Beschlussvorschlag mittragen.

Herr Bürgermeister Stötzel zeigt auf, dass seine ursprünglichen technischen Bedenken dadurch zerstreut wurden, dass hoch qualifizierte Fachkräfte mit der Angelegenheit betraut sind.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dem Förderverein des Naturfreibades Eiserfeld e. V. für die Sanierung des Naturfreibades Eiserfeld über die bereits gewährten Mittel in Höhe von 112.484,21 € hinaus 20.000,00 € zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung zur Verfügung zu stellen.

Die Deckung erfolgt durch Umschichtungen / Einsparungen bei diversen Haushaltsstellen in den Unterabschnitten 560, 570 und 571 (Sport- und Bäderetat).

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen (SPD)**

**38. HFA 04.12.2002**

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 1  
Fachbereich Fachbereichsleiter 1  
Bearbeitet von: Herrn Gerald Kühn

Datum  
10.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften**

**21.11.2002**

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**04.12.2002**

---

Betreff:

**Gewerbe- und Industrieflächenkonzept / Teilkonzept 1  
- Einleitung des GEP-Änderungsverfahrens -**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften sowie der Haupt- und Finanzausschuss – als Planungsausschuss – nehmen den auf der Grundlage des Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.12.2001 weiterentwickelten Vorschlag zur Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für die Bereiche

- Oberscheden/Seelbach
- Faule Birke
- Eisernhardt

zustimmend zur Kenntnis.

### **Sachverhalt / Begründung:**

#### **1. Beschlusslage**

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen fasste auf Grundlage des Teilkonzeptes 1 des Gewerbe- und Industrieflächenkonzeptes am 12.12.2001 folgende Beschlüsse:

- a) Die weitere Planung zur Entwicklung neuer Gewerbe- und Industrieflächen für die Bereiche
  - Faule Birke, Eisernhardt, Oberes Leimbachtal (teilweise),

- Oberschelden/Seelbach und
- Haardter Berg (auf einer Teilfläche von ca. 7 ha)

wird gleichrangig betrieben.

- b) Die Verwaltung wird beauftragt, die landesplanerische Abstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg durchzuführen, mit dem Ziel, den Gebietsentwicklungsplan zu ändern.
- c) Parallel dazu ist ein geeignetes Planungsbüro mit der vertiefenden Untersuchung als Vorstufe der Erstellung der Bauleitplanung zu beauftragen. Hierzu sind entsprechende Fördermittel bei der Bezirksregierung zu beantragen.

## 2. Aktueller Sachstand

Im Rahmen der Vorabstimmung mit den zuständigen Stellen der Bezirksregierung Arnsberg wurden die erarbeiteten Grundlagen verfeinert und im Hinblick auf einen möglichst schonenden Eingriff in Natur und Landschaft modifiziert. Dies führte im Ergebnis dazu, dass z. B. der äußerst sensible Bereich des "Oberen Leimbachtals" wegen schützenswerter Biotope aus der Betrachtung herausgenommen wurde.

Die jetzt zur Änderung des Gebietsentwicklungsplanes vorgeschlagenen Flächen stellen sich wie folgt dar:

### 1. Oberschelden/Seelbach

Bruttofläche	56,50 ha
Nettofläche	41,31 ha

### 2. Faule Birke

Bruttofläche	29,20 ha
Nettofläche	20,38 ha

### 3. Eisernhardt

Bruttofläche	22,79 ha
Nettofläche	17,21 ha

Gesamtgröße der Änderungsfläche Brutto = **110,5 ha**

Dieses Gesamtkonzept wurde dem Regierungspräsidenten am 09.10.2002 übergeben, nachdem im Beisein von Repräsentanten der Region auf Bundes- und Landesebene, Vertretern der im Rat der Stadt Siegen vertretenen Fraktionen, der IHK, der Gewerkschaften sowie des Kreises Siegen-Wittgenstein ein breiter Konsens zum weiteren Vorgehen festgestellt werden konnte.

## 3. Weiteres Verfahren

Sofern jetzt aus Sicht der Bezirksregierung auf Arbeitsebene noch Detailabstimmungen notwendig sind, werden diese kurzfristig herbeigeführt, um sicherzustellen, dass bereits in der ersten Sitzung des Regionalrates bei der Bezirksregierung Arnsberg im Jahre 2003 der Erarbeitungsbeschluss und auch noch der Aufstellungsbeschluss für die drei genannten Bereiche gefasst werden können.

Auf das zurzeit wegen der noch ausstehenden Entscheidung der EU-Kommission zum Truppenübungsplatz ruhende GEP-Änderungsverfahren ergeben sich derzeit hieraus keine Auswirkungen, so dass bis zur Entscheidung in Brüssel diese Verfahren parallel geführt werden.

#### 4. Sonstige Hinweise

Bezüglich der Bereiche

- Haardter Berg (ca. 7 ha)
- und ggf. Unteres Leimbachtal (Deponiefläche)

bedarf es keiner Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, so dass hierfür die Option zu einer Änderung des Flächennutzungsplanes nach wie vor offen ist und zu gegebener Zeit eingeleitet werden kann.

Die Planunterlagen mit den Abgrenzungen der jeweiligen Bereiche für die GEP-Änderungen sind der Vorlage beigelegt.

Ulf Stötzel

Anlagen

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen: 3

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 1  
Fachbereich Fachbereichsleiter 1  
Bearbeitet von: Frau Schumacher

Datum  
29.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>13.11.2002</b>
-----------------------------------	-------------------

---

<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>04.12.2002</b>
-----------------------------------	-------------------

---

Betreff:

**Verteilung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zur "Lokalen Agenda in Siegen" für das Jahr 2002 an die bestehenden Agenda-Arbeitsgruppen**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, den beantragten Gesamtbetrag in Höhe von 4.080,00 € wie unter den laufenden Nummern 1 - 5 aufgeführt zu verteilen.

### **Sachverhalt / Begründung:**

xxx



## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 3  
Zentrales Finanzcontrolling  
Bearbeitet von Gerold Urrigshardt

Datum  
19.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**04.12.2002**

---

**Rat**

**18.12.2002**

---

Betreff:

### **Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002**

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002 zur Kenntnis.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

##### **ALLGEMEINES**

Die in der Vorlage ausgewiesenen Prognosedaten zur voraussichtlichen Entwicklung des Jahresabschlusses im Verwaltungshaushalt basieren auf den Meldungen aller Organisationseinheiten der Verwaltung.

Aufgrund des fortgeschrittenen Zeitpunktes im aktuellen Haushaltsjahr stellt die Prognose zum 31.10.2002 für das Gesamtergebnis des Verwaltungshaushaltes eine klare Tendenzaussage dar, auch wenn sich im Einzelfall (Haushaltsstelle) noch Veränderungen aufgrund nicht vorhersehbarer Ereignisse einstellen können.

#### **1. VERWALTUNGSHAUSHALT**

Zu den Hauptgruppen (Einnahme- und Ausgabearten) des Verwaltungshaushaltes sind in dieser Vorlage folgende Daten tabellarisch dargestellt:

- Anordnungs-Soll-Stände 31.07.2002 und 31.10.2002;
- Prognosen zum Jahresergebnis (Stand 31.07.2002 und 31.10.2002);
- betragliche und prozentuale Abweichung der Prognose zum 31.10.2002 vom HH-Soll.

**1.1. Verwaltungshaushalt - E i n n a h m e n - (in Mio. €)**

	HH-Soll	AO-Soll 31.07.02	Prognose 31.07.02 zum Jahres- ergebnis 2002	AO-Soll 31.10.02	Prognose 31.10.02 zum Jahres- ergebnis 2002	Ab- weichung der Prognose 31.10.02 vom HH-Soll	Ab- weichung der Prognose 31.10.02 vom HH-Soll in %
<b>Steuern, allg. Zuweisungen</b>	120,85	89,00	111,12	109,75	112,44	-8,41	-6,96%
<b>Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb</b>	42,29	28,32	41,54	33,91	42,22	-0,07	-0,17%
<b>sonstige Finanzeinnahmen</b>	25,00	8,07	25,36	8,23	17,08	-7,92	-31,68%
<b>Einnahmen gesamt:</b>	188,14	125,39	178,02	151,89	171,74	-16,40	-8,72%

**1.1. a) Steuern, allgemeine Zuweisungen**

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand wird das voraussichtliche Jahresergebnis im Bereich der Steuern und allgemeinen Zuweisungen mit einem Einnahmedefizit von rd. 8,41 Mio. € abschließen. Gegenüber der Prognose zum 31.07.2002 (Defizit von rd. 9,73 Mio. €) ergibt sich eine leichte Verbesserung der Annahme zum Jahresergebnis um rd. 1,32 Mio. €.

Gewerbsteuer nach Ertrag

Das Anordnungs-Soll betrug zum 31.10.2002 rd. 29,45 Mio. €. Die Fachverwaltung geht von einem voraussichtlichen Jahresergebnis von rd. 27,5 Mio. € bei der Gewerbesteuer nach Ertrag aus, da noch erhebliche Abgänge bis zum Jahresende zu verbuchen sein werden. Damit wird der bereits zum 31.07.2002 aufgezeigte Trend bestätigt. Der Einnahmerückgang wird somit im Jahresergebnis voraussichtlich rd. 5,5 Mio. € (Haushaltsansatz 33,0 Mio. €) betragen.

Vergleicht man die aufgezeigte Prognose mit dem Rechnungsergebnis von 1999 in Höhe von rd. 41,98 Mio. €, so ergibt sich innerhalb von drei Jahren ein voraussichtlicher Einnahmerückgang von rd. 14,48 Mio. € (34,49 %).

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der Jahresabschluss im Bereich des Gemeindeanteiles an der Einkommensteuer steht zum 31.10.2002 fest. Für das III. Quartal hat die Stadt Siegen einen Einkommensteueranteil in Höhe von 7,78 Mio. € erhalten. Da die Rate für das vierte Quartal identisch sein wird mit der Rate für das dritte Quartal, beläuft sich das Jahresergebnis auf rd. 30,69 Mio. €.

Somit ergibt sich gegenüber der Prognose vom 31.07.2002 eine Verbesserung von rd. 1,05 Mio. €. Der Einnahmerückgang wird sich bei dieser zentralen Einnahmeposition gegenüber dem Haushaltsansatz (32,7 Mio. €) auf rd. 2,01 Mio. € belaufen.

Im Vergleich zum Rechnungsergebnis 1999 (rd. 34,27 Mio. €) bedeutet dies eine Einnahmeminderung von rd. 3,58 Mio. € (rd. 10,46 %).

### 1.1. b) Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

Das zum 31.10.2002 prognostizierte Jahresergebnis bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb schließt mit einem Defizit von rd. 0,18 % bzw. rd. 0,07 Mio. € ab. Die Planvorgabe kann somit nahezu vollständig erreicht werden.

### 1.1. c) Sonstige Finanzeinnahmen

Zur Stützung des Verwaltungshaushaltes war der Verkauf von RWE-Aktien in einem Volumen von 8,0 Mio. € vorgesehen.

Auf der Grundlage des derzeitigen Aktienkurses der RWE-Aktie (31,35 € /Stand 14.11.2002) und der allgemeinen Börsensituation ist mittlerweile davon auszugehen, dass der Verkauf der RWE-Aktien im laufenden Haushaltsjahr nicht mehr realisiert werden kann.

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 25.09.2002 (Vorlage-Nr.: 2146/2002) beschlossen, dass die RWE-Aktien nur zu einem Mindestkurswert von 40,00 €/Aktie veräußert werden dürfen.

Eine weitere zum 31.07.2002 noch nicht absehbare Mindereinnahme im Bereich der Steuererstattungen in Höhe von rd. 0,5 Mio. € ist durch aktuelle Änderungen in der Steuergesetzgebung/-rechtsprechung bedingt. Eine für das laufende Haushaltsjahr angesetzte Erstattung kann erst in 2003 geltend gemacht werden.

Mehreinnahmen im Bereich der Beteiligungen (Gewinnabführung SVB GmbH rd. 0,8 Mio. €) können das aufgezeigte Defizit nur zu einem geringen Teil schmälern.

### 1.2. Verwaltungshaushalt - Ausgaben – (in Mio. €)

	HH-Soll 2002	AO-Soll 31.07.02	Prognose 31.07.02 zum Jahres- ergebnis 2002	AO-Soll 31.10.02	Prognose 31.10.02 zum Jahres- ergebnis 2002	Ab- weichung der Prognose 31.10.02 vom HH-Soll	Ab- weichung der Prognose 31.10.02 vom HH-Soll in %
sonstige Personal- ausgaben	2,23	1,41	2,13	1,79	2,18	-0,05	-2,24%
Persönliche Ausgaben SN A	55,56	30,88	55,92	43,83	55,91	0,35	0,63%
sächlicher Ver- waltungs- und Betriebsaufwand	42,83	25,42	42,61	32,45	42,56	-0,27	-0,63%
Zuweisungen und Zuschüsse	36,18	30,42	36,94	35,13	36,70	0,52	1,44%
sonstige Finanzausgaben	76,63	42,92	75,72	46,99	75,83	-0,80	-1,04%
<b>Ausgaben gesamt:</b>	<b>213,43</b>	<b>131,05</b>	<b>213,32</b>	<b>160,19</b>	<b>213,18</b>	<b>-0,25</b>	<b>-0,12%</b>

### **1.2. a) Sonstige Personalausgaben**

Die sonstigen Personalausgaben werden sich voraussichtlich im Jahresergebnis um rd. 0,05 Mio. € verringern. Damit wird die Tendenz der Prognosen zum 30.04. und 31.07. bestätigt.

### **1.2. b) Personalausgaben SN A**

Die Personalkostenanalyse der Personalverwaltung geht von einem voraussichtlichen Jahresgesamtergebnis im Bereich des SN A von 55,91 Mio. €.

Der vorhersehbare Ausgabenmehrbedarf wird sich auf rd. 0,35 Mio. € belaufen. In welcher betragslichen Höhe Einsparungen durch die sechsmonatige Wiederbesetzungssperre erzielt werden können, lässt sich derzeit noch nicht genau beziffern.

### **1.2. c) Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand**

Die für einen Teil des sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwandes verfügte haushaltswirtschaftliche Teilsperre gemäß § 28 GemHVO kann in Teilbereichen der Verwaltung umgesetzt werden. Die dort erzielten Einsparungen werden aber durch unabweisbare Mehrausgaben in anderen Bereichen (gesetzliche Pflichtausgaben, Verkehrssicherungspflicht usw.) aufgezehrt, so dass derzeit von einer Minderausgabe von insgesamt rd. 0,27 Mio. € ausgegangen wird.

Die Organisationseinheiten sind weiterhin bemüht, durch eine restriktive Mittelbewirtschaftung mögliche Einsparpotenziale auszuschöpfen. Die Fachausschüsse werden hierüber entsprechend in Kenntnis gesetzt.

### **1.2. d) Zuweisungen und Zuschüsse**

Die im Jahresergebnis für die Zuweisungen und Zuschüsse vorhersehbare Ausgabenausweitung von rd. 0,52 Mio. € ist im Wesentlichen auf Mehrausgaben im Bereich der Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen in Höhe von rd. 1,25 Mio. € zurückzuführen.

### **1.2. e) Sonstige Finanzausgaben**

Aufgrund des prognostizierten Einnahmerückganges bei der Gewerbesteuer nach Ertrag werden Minderausgaben bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von voraussichtlich rd. 0,83 Mio. € erwartet. Bei der Finanzierungsbeteiligung Fond Deutsche Einheit wird sich das Jahresergebnis um rd. 0,37 Mio. € gegenüber der Planvorgabe verbessern.

Die v. g. Verbesserungen werden durch Mehrausgaben in anderen Bereichen teilweise aufgezehrt, so dass für die Ausgabeart der Sonstigen Finanzausgaben im Jahresergebnis mit Minderausgaben von rd. 0,80 Mio. € zu rechnen sein wird.

### 1.3. Verwaltungshaushalt – Entwicklung des Zuschussbedarfes – (in Mio. €)

	HH-Soll	AO-Soll 31.07.02	Prognose 31.07.02 zum Jahres- ergebnis 2002	AO-Soll 31.10.02	Prognose 31.10.02 zum Jahres- ergebnis 2002	Ab- weichung der Prognose 31.10.02 vom HH-Soll	Ab- weichung der Prognose 31.10.02 vom HH- Soll in %
<u>Einnahmen</u> <u>gesamt:</u>	188,14	125,39	178,02	151,89	171,74	-16,40	-8,72%
<u>Ausgaben</u> <u>gesamt:</u>	213,43	131,05	213,32	160,19	213,20	-0,23	-0,11%
<u>Zuschuss(-) /</u> <u>Überschuss(+)</u>	-25,29	-5,66	-35,30	-8,30	-41,46	-16,17	63,94%
<u>nachrichtlich:</u> <u>Zuschuss(-) / Überschuss(+)</u> <u>ohne Berücksichtigung der nicht</u> <u>realisierbaren Aktienerlöse</u>					-33,46	-8,17	32,31%

Der tabellarisch ausgewiesene Zuschussbedarf von rd. 25,29 Mio. € im Haushalts-Soll setzt sich aus dem zu finanzierenden Fehlbetrag aus Vorjahren in Höhe von rd. 23,70 Mio. € und einem für 2002 geplanten originären Defizit von rd. 1,59 Mio. € zusammen.

Auf der Grundlage der Prognosen der Organisationseinheiten aller Geschäftsbereiche zum 31.10.2002 erhöht sich das originäre Defizit in 2002 um voraussichtlich **rd. 14,68 Mio. €** auf **rd. 16,27 Mio. €**

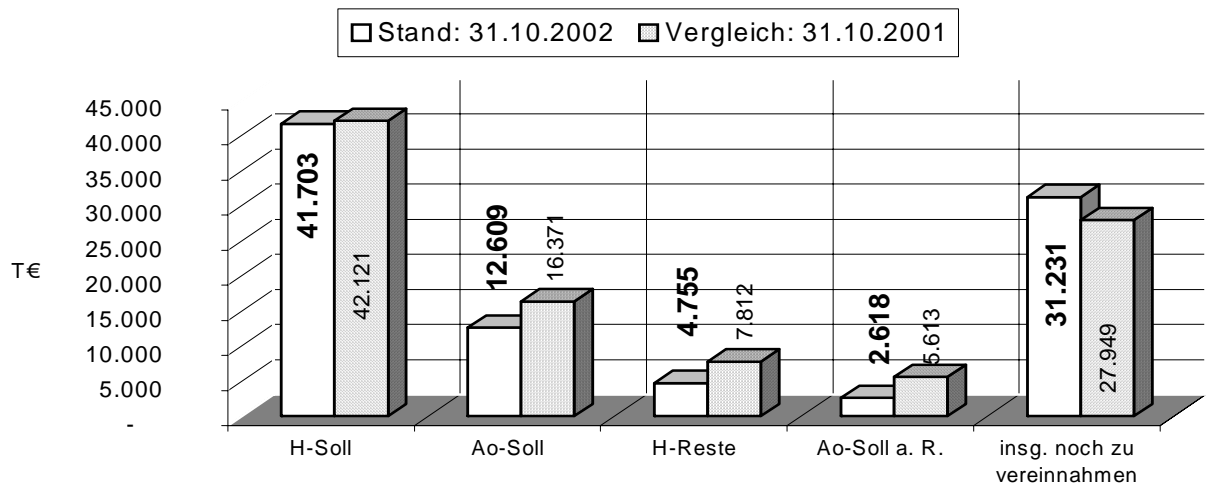
Betrachtet man ausschließlich das operative Geschäft der Verwaltung (ohne Berücksichtigung der Zuführung vom Vermögenshaushalt – Verkauf der RWE-Aktien –), so würde das Jahresergebnis mit einem originären Fehlbedarf in Höhe von **rd. 8,17 Mio. €** abschließen.

Gegenüber der Prognose zum 31.07.2002 bedeutet dies eine Verbesserung von rd. **1,84 Mio. €**

Die Erosion der wichtigsten Steuerquellen des Haushaltes führt zu einer dramatischen Verschlechterung des Gesamtjahresergebnisses, das die mittelfristige Haushaltskonsolidierungslinie der Stadt nachhaltig negativ beeinflusst. Die in 2002 nicht realisierten Veräußerungserlöse müssen in 2003 erneut (zusätzlich) veranschlagt werden, um damit das den Gesamthaushalt der Stadt enorm belastende Gesamtdefizit zu reduzieren. Eine deutlich positivere Entwicklung des RWE-Aktienkurses ist allerdings hierfür Voraussetzung.

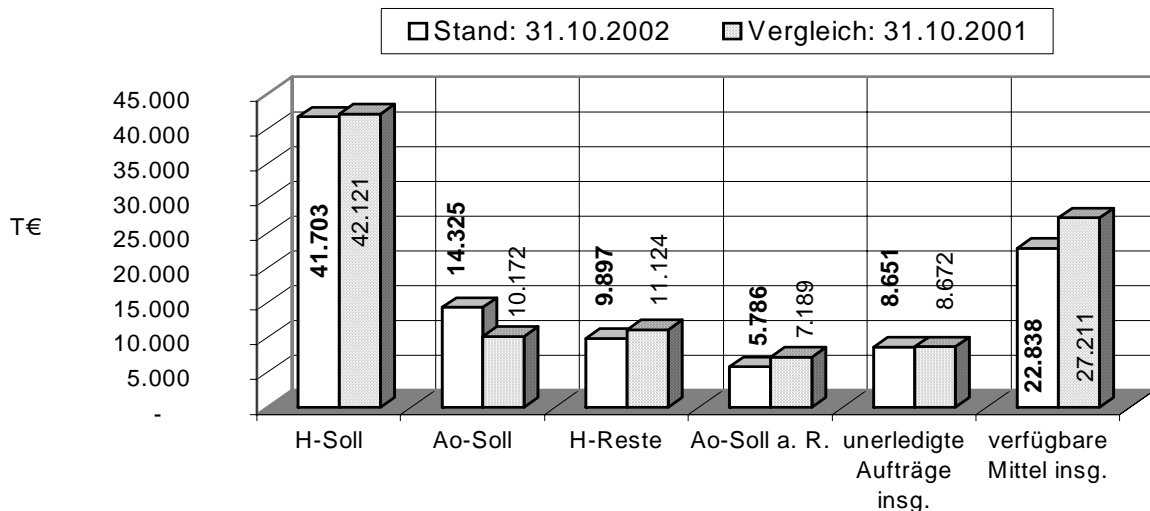
## 2. VERMÖGENSHAUSHALT

### 2.1 Vermögenshaushalt – E i n n a h m e n – (Tabelle in T€)



(55,97%)      100% / 30,24% (39,26%) / 100% / 55,06% (71,86%) / 67,22%  
 (In Klammern: Werte zum 31.10.2001)

### 2.2 Vermögenshaushalt - A u s g a b e n – (Tabelle in T€)



100% / 34,35% (24,15%) / 100% / 58,46% (64,63%) / 16,77% (16,29%) / 44,26% (51,11%)  
 (In Klammern: Werte zum 31.10.2001)

### 2.3 Erläuterungen zur Abwicklung des Vermögenshaushaltes

Bis zur Genehmigung des Haushaltes durch den Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein – als untere staatliche Verwaltungsbehörde – am 22.05.2002 mussten die Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung beachtet werden.

Im Einnahmebereich sind gegenüber dem Vorjahr (absolut) zum Berichtszeitpunkt rd. 3,7 Mio. € weniger zum Soll gestellt worden. Dies liegt insbesondere darin begründet, dass in 2001 bereits die RWE-Aktien-Verkäufe realisiert waren. Wie bereits im

Bericht zum Verwaltungshaushalt dargelegt, wird in diesem Jahr voraussichtlich keine Veräußerung erfolgen.

Zum anderen ist festzustellen, dass Landeszuschüsse für investive Maßnahmen hinsichtlich ihrer Kassenwirksamkeit mit nicht unerheblicher zeitlicher Verzögerung (teilweise über Jahre „gestreckt“) bewilligt werden. Dadurch entstehen Liquiditätsprobleme und nicht zu vernachlässigende Vorfinanzierungskosten.

Zum 31.10.2002 sind 55,74 % der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel durch getätigte Ausgaben und erteilte Aufträge gebunden. Im Vorjahr (31.10.2001) bestand, auch weil die Genehmigung des Haushaltes ca. 6 Wochen später erfolgte, ein Bewirtschaftungsstand der gebundenen Mittel von 48,89 %.

Neben den bis zum 31.10.2002 veranlassten Ausgaben (AO-Soll + AO-Soll auf Reste) von insgesamt rd. 20,11 Mio. € (38,97 %) wurden Aufträge in einer Höhe von rd. 8,64 Mio. € (16,77 %) erteilt.

Da sich einige Maßnahmen in 2002 bzgl. ihres Baubeginns verzögert haben, wird bereits jetzt von einem nicht unerheblichen Bestand an unbewirtschafteten Positionen zum 31.12.2002 ausgegangen, über deren weitere Verwendung (z. B. Haushaltsrest, Neuveranschlagung, Absetzung) am Jahresende zu entscheiden ist. An dieser Stelle wird auch auf die maßnahmenbezogene Berichterstattung der Organisationseinheiten in den jeweiligen Fachausschüssen verwiesen.

### **3. KASSENLAG**

Am 11.10.2002 wurden die erlassenen Bewirtschaftungssperren (20 % Mittelfreigabe pro Quartal), die unterjährig einen gleichmäßigen Mittelabfluss gewährleistet haben, aufgehoben.

Somit können die Organisationseinheiten ab dem o. g. Zeitpunkt über die vom Rat am 27.02.2002 beschlossenen Haushaltsansätze – mit Ausnahme der von der haushaltswirtschaftlichen Teilsperre betroffenen Haushaltsstellen – im vollem Umfang verfügen.

Zum Jahresbeginn 2002 betrug das Kassenkreditvolumen zur Sicherung der Kassenliquidität rd. 48,57 Mio. €. Die in § 4 der Haushaltssatzung 2002 festgesetzte Obergrenze von 70 Mio. € für Kassenkredite wurde im 3. Quartal 2002 tangiert. Zum Berichtszeitpunkt 31.10.2002 haben sich die Kassenkredite auf ein Niveau von rd. 65,59 Mio. € ausgeweitet.

Gegenüber dem Stand des Vorjahres (31.10.2001) von rd. 48,57 Mio. € bedeutet dies eine Zunahme von rd. 35,02 %.

Die für die Kassenkredite aufzubringenden Zinssätze bewegen sich zum 31.10.2002 in einer Bandbreite zwischen 0,76 % und 3,33 %. Bis zum Berichtszeitpunkt wurden bereits rd. 2,0 Mio. € an Zinszahlungen zur Sicherung der Kassenliquidität aufgewendet.

Der voraussichtlich aufzubringende Gesamtbetrag für Kassenkreditzinsen wird sich in diesem Haushaltsjahr auf rd. 2,05 Mio. € belaufen. Das entspricht einer täglichen Zinsbelastung von rd. 5.616 €. Nur durch das günstige Zinsniveau können die Mehrausgaben für Kassenkreditzinsen auf rd. 0,25 Mio. € gegenüber dem Haushaltsansatz begrenzt werden.



In Vertretung

gez. Reinhold Baumeister

Reinhold Baumeister

I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 3  
Fachbereich Kämmerei  
Bearbeitet von: Herr Ladda

Datum  
5. November 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**04.12.2002**

---

**Rat**

**18.12.2002**

---

Betreff:

**Beteiligungsbericht der Stadt Siegen 2002**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Nach § 112 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen ist zur Information der Ratsmitglieder sowie der Einwohnerinnen und Einwohner ein Bericht über die Beteiligung der Stadt an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Der von der Verwaltung erstellte Beteiligungsbericht 2002 ist zur Kenntnisnahme als Anlage beigefügt.

In Vertretung

gesehen:

Reinhold Baumeister  
I. Beigeordneter

Ulf Stötzel

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister  
I. Beigeordneter

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich

Datum

Fachbereich

Kämmerei

Bearbeitet von:

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**04.12.2002**

---

**Rat**

**18.12.2002**

---

Betreff:

**Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zur Sitzung am 10. Dezember 2002;**

**hier: Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 01. Januar 2003**

**- Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW -**

---

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH für die Sitzung am 10. Dezember 2002 zum Tagesordnungspunkt 3 "Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. Januar 2003" keine Weisung nach § 113 Abs. 1 GO NW zu erteilen.
2. Der Rat der Stadt Siegen genehmigt vorstehende Dringlichkeitsentscheidung vom 4. Dezember 2002.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Die vom Rat der Stadt Siegen vorgeschlagenen oder bestellten Mitglieder des Aufsichtsrates der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH unterliegen nach § 113 Abs. 1 GO NW im Innenverhältnis dem Weisungsrecht des Rates.

Die Tagesordnung für die Sitzung des Aufsichtsrates der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH am 10. Dezember 2002 sieht u. a. die

**Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. Januar 2003**

mit einer Erhöhung der Arbeitspreise vor.

Seit der letzten Neufestsetzung der Erdgasabgabepreise zum 1. April 2002 (Senkung der Arbeitspreise) sind die für die Bestimmung des Erdgasbezugspreises der SVB maßgeblichen Referenzzölpreise von 31,04 Ct/l (1. April 2002) auf nunmehr 32,61 Ct/l gestiegen.

Die zum 1. Januar 2003 bezugsvertraglich relevante Ölpreisnotierung liegt bei 30,66 Ct/l. Aufgrund einer geringeren außervertraglichen Rabattierung durch die Vorlieferantin und einem Anstieg des Leistungspreises wird sich der Bezug zum 01.01.2003 jedoch verteuern.

Es ist daher beabsichtigt, die Arbeitspreise bei allen Tarifen und Sonderpreisen linear um

**0,1 Ct/kWh zu erhöhen.**

Darüber hinaus ist eine Erhöhung des Arbeitspreises für die Versorgung mit Wärme um **0,16 Ct/kWh** und Warmwasser um **0,13 €/m<sup>3</sup>** vorgesehen.

Außerdem soll die Geschäftsführung ermächtigt werden, eventuell bereits zum 1. Januar 2003 wirksame, aber zum heutigen Zeitpunkt noch nicht konkretisierbare Mehrbelastungen aus der beabsichtigten Anhebung der Erdgas- bzw. Heizölsteuer in Höhe der eintretenden Bezugskostensteigerung über die Abgabepreise weiterzugeben, sofern die Bundesregierung einen entsprechenden Beschluss fasst.

Die Beratungsunterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt der Sitzung des Aufsichtsrates der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH sind als **Anlage** beigelegt.

<b>Begründung für die Eilbedürftigkeit der Beschlussfassung</b>
---

Da die Sitzung des Aufsichtsrates der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH bereits am 10. Dezember 2002 stattfindet, ist eine rechtzeitige Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Siegen nicht mehr möglich.

In Vertretung

gesehen:

Reinhold Baumeister  
I. Beigeordneter

Ulf Stötzel

## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich	3	Datum
Fachbereich	Ordnung, Gewerbe und Straßenverkehr	19.11.2002
Bearbeitet von:	Michael Haas	

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>04.12.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>18.12.2002</b>

Betreff:

**Erlass von Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass gemäß §§ 14 bzw. 16 des Ladenschlussgesetzes im Jahr 2003**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt den Bürgermeister, die Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen bzw. an Samstagen über die allgemeinen Ladenschlusszeiten hinaus zu den Veranstaltungen

- Neujahrsempfang am 04.01.2003 - Samstag, 16.00 bis 18.00 Uhr
- Frühlingsfest in Siegen am 30.03.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr
- Frühlingsmarkt in Weidenau am 06.04.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr
- Altstadtfest am 13.09.2003 - Samstag, 16.00 bis 18.00 Uhr
- Herbstfest in Siegen am 28.09. oder 02.11.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr
- Herbstfest in Weidenau am 05.10.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr
- Bürgerfest in Geisweid am 12.10.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr

zu erlassen.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 06.09.2000 im Rahmen der Beratung über den Tagesordnungspunkt „Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass – Stadtfest Siegen / Bürgerfest Geisweid / Herbstfest Weidenau“ unter anderem beschlossen:

- *Der Rat der Stadt Siegen spricht sich dafür aus, künftig eine zeitgleiche Durchführung von Veranstaltungen in den Stadtteilen Geisweid, Weidenau, Siegen-Mitte und Eiserfeld, die mit einem verkaufsoffenen Sonntag verbunden sind, nicht zuzulassen.*
- *Die Anträge auf Genehmigung eines verkaufsoffenen Sonntags sollen so rechtzeitig vorgelegt werden, dass der Rat spätestens im Februar eines Jahres darüber entscheiden kann.*

Aufgrund einer schriftlichen Anfrage wurden seitens der Vertreter der örtlichen Institutionen bislang folgende Termine für das nächste Jahr angemeldet:

<b>Marktbezirk</b>	<b>Antragsteller</b>	<b>Termin</b>	<b>Anlass</b>
Siegen (alle Marktbezirke)	Gesellschaft für Stadtmarketing Siegen e.V.	Samstag, <b>04.01.2003</b> , 16.00 bis 18.00 Uhr (gem. § 16 LSchIG)	Neujahrsempfang
Siegen	Aktionsring „Unter dem Krönchen“ e.V.	Sonntag, <b>30.03.2003</b> , 13.00 bis 18.00 Uhr (gem. § 14 LSchIG)	Frühlingsfest
Weidenau	Werbegemeinschaft Siegerlandzentrum e.V.	Sonntag, <b>06.04.2003</b> , 13.00 bis 18.00 Uhr (gem. § 14 LSchIG)	Frühlingsmarkt
Siegen	Gesellschaft für Stadtmarketing Siegen e.V.	Samstag, <b>13.09.2003</b> , 16.00 bis 18.00 Uhr (gem. § 16 LSchIG)	Altstadtfest „Denk mal an die Altstadt“
Siegen	Aktionsring „Unter dem Krönchen“ e.V.	Sonntag, <b>28.09.2003</b> oder <b>02.11.2003</b> , 13.00 bis 18.00 Uhr (gem. § 14 LSchIG)	Herbstfest
Weidenau	Werbegemeinschaft Siegerlandzentrum e.V.	Sonntag, <b>05.10.2003</b> , 13.00 bis 18.00 Uhr (gem. § 14 LSchIG)	Herbstfest
Geisweid	Werbegemeinschaft Geisweid e.V.	Sonntag, <b>12.10.2003</b> , 13.00 bis 18.00 Uhr (gem. § 14 LSchIG)	Bürgerfest

Für den Marktbezirk Siegen handelt es sich, abgesehen vom Neujahrsempfang und dem Altstadtfest, um vorläufige Termine. Eine endgültige Festlegung, ob und wann tatsächlich verkaufsoffene Sonntage anlässlich besonderer Veranstaltungen durchgeführt werden sollen, wird sich erst aus einer derzeit laufenden Händlerbefragung ergeben. Ein verkaufsoffener Sonntag anlässlich des im nächsten Jahr anstehenden Rubensfestes ist nach jetzigem Planungsstand nicht vorgesehen.



Im Verwaltungsverfahren wurden gemäß den bestehenden Vorschriften die Sozialpartner angehört.

- Eine Stellungnahme der **Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung Hagen** (ehem. Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen), liegt derzeit noch nicht vor. Es ist aber davon auszugehen, dass die Gewerkschaft aus grundsätzlichen Erwägungen den beabsichtigten Öffnungen der Verkaufsstellen nicht zustimmen wird. In der letztjährigen Stellungnahme wurde zur Begründung unter anderem ausgeführt:  
*Aus unserer Sicht können die geplanten Veranstaltungen auch ohne Sonderöffnung erfolgreich durchgeführt werden, da die Läden ohnehin samstags bis 16.00 Uhr geöffnet sind.*  
*Wichtig ist darauf hinzuweisen, dass nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 18.12.1998 ein zu erwartender Besucherstrom nicht erst durch das Offenhalten der Verkaufsstellen ausgelöst werden soll.*  
*Nach dem Runderlass des MASSKS des Landes NRW vom 07.09.1999 ..... muss bei Freigaben durch Rechtsverordnung nach § 14 Abs. 1 und § 16 Abs. 1 Ladenschlussgesetz stets ein dringendes Bedürfnis zur Versorgung der Besucher bestehen, das zu anderen Zeiten nicht erfüllt werden kann. Die Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen allein ist nicht geeignet, den Erlass einer Rechtsverordnung zu begründen.*
- Eine Stellungnahme der **Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirk Siegen-Olpe** (ehem. Deutsche Angestelltengewerkschaft), liegt ebenfalls noch nicht vor. Im Vorjahr hat die Gewerkschaft ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie aus grundsätzlichen Erwägungen heraus gegen eine Änderung des Ladenschlussgesetzes sei.
- Die **Industrie- und Handelskammer Siegen** hat keine Bedenken gegen die beabsichtigten Veranstaltungen. Eine Stellungnahme des **Einzelhandelsverbandes Südwestfalen e.V.** liegt noch nicht vor. Es ist aber davon auszugehen, dass dieser ebenfalls keine grundsätzlichen Bedenken äußern wird.
- Der **Kirchenkreis Siegen** und das **Dekanat Siegen im Erzbistum Paderborn** sprechen sich aus grundsätzlichen Überlegungen gegen verkaufsoffene Sonntage aus.

Voraussetzung für die Zulassung verkaufsoffener Sonntage oder die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten an Samstagen ist eine Veranstaltung, welche erhebliche Besucherzahlen erwarten lässt. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, lässt sich in der Regel anhand des vorgesehenen Programmangebotes prüfen. Für die im Jahr 2003 geplanten Veranstaltungen, die mit dem Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen oder an Samstagen über die allgemeinen Ladenschlusszeiten hinaus verbunden sein sollen, sind die Programme zum jetzigen Zeitpunkt im Einzelnen noch nicht bekannt.

Daher bedarf es im Vorfeld jeder Veranstaltung einer gesonderten Prüfung, ob das jeweils vorgesehene Rahmenprogramm hinreichende Anhaltspunkte dafür bietet, dass ein großer Besucherstrom zu erwarten ist, welcher nicht erst durch das Offenhalten der Verkaufsstellen, sondern durch die Veranstaltung selbst ausgelöst wird. Vor Erlass der einzelnen Ordnungsbehördlichen Verordnungen anlässlich der für das Jahr 2003 angemeldeten Termine wird der Bürgermeister diese Prüfung vornehmen.

In den vergangenen Jahren haben Veranstaltungen der Art, wie sie auch im nächsten Jahr beabsichtigt sind, über den Bereich der Stadt Siegen hinaus eine große Anziehungskraft auf die Bevölkerung ausgeübt. Dies hat einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Stadt Siegen in ihrer Funktion als Oberzentrum geleistet. Gleichzeitig wurde durch die Ladenöffnung an Sonntagen sowie an Samstagen über die allgemeinen Ladenschlusszeiten hinaus der Einzelhandel gestärkt.

In diesem Zusammenhang sollte die Entwicklung in den Umlandgemeinden nicht unberücksichtigt bleiben. Dort wurden in den letzten Jahren vermehrt verkaufsoffene Sonntage aus unterschiedlichen Anlässen durchgeführt. Würden in der Stadt Siegen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus zukünftig keine Ausnahmen vom Ladenschlussgesetz mehr für Samstage und Sonntage zugelassen, so hätte dies aufgrund der bestehenden Konkurrenzsituation eine Kaufkraftverlagerung in die Umlandgemeinden zur Folge.

Bei einer zusammenfassenden Bewertung der Einzelbegründungen ist festzustellen, dass in Fortsetzung der ausgeübten Verwaltungspraxis keine rechtlichen Bedenken gegen die Freigabe der beantragten Öffnungszeiten bestehen. Gemäß § 14 Abs. 1 LSchlG dürfen Verkaufsstellen aus Anlass von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen an jährlich bis zu vier Sonn- und Feiertagen geöffnet sein. Zudem dürfen aus gleichem Anlass gemäß § 16 Abs. 1 LSchlG Verkaufsstellen an jährlich bis zu sechs Werktagen bis spätestens 21.00 Uhr geöffnet sein.

Demnach könnten in der Stadt Siegen, welche in vier Marktbezirke unterteilt ist, insgesamt bis zu 16 verkaufsoffene Sonntage und 24 Verlängerungen der Öffnungszeiten an Werktagen erfolgen. Für das Jahr 2002 soll jedoch insgesamt nur an höchstens sieben Tagen von den Ausnahmeregelungen der §§ 14 bzw. 16 LSchlG Gebrauch gemacht werden. Der gesetzliche Rahmen wird somit bei weitem nicht ausgeschöpft.

Im Falle der Beschlussfassung wird der Bürgermeister – nach eingehender Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen im Einzelfall – die Ordnungsbehördlichen Verordnungen für jeden Anlass gesondert erlassen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister  
I. Beigeordneter

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 3  
Fachbereich Feuerschutz und Rettungsdienst  
Bearbeitet von: Herr Sauerland, Herr Ebertz

Datum  
19.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Feuerschutzausschuss</b>	<b>03.12.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>04.12.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>18.12.2002</b>

Betreff:

### **1. Änderung der Gebührensatzung für den öffentlichen Krankentransport und Rettungsdienst der Stadt Siegen vom 29. November 2001; Gebüh- renanpassung**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den öffentlichen Krankentransport und Rettungsdienst der Stadt Siegen vom 29. November 2001 mit Wirkung vom 1. Januar 2003.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Aufgrund der sich abzeichnenden Kostensteigerungen für 2003 ist es unumgänglich, eine Anpassung der Gebühren im Rahmen der voraussichtlichen Kostenentwicklung und des hochgerechneten Fahrtenaufkommens 2002 für 2003 vorzunehmen. Mit Vorlage Nr. 2031/2002 vom 12.06.2002 wurde dem Feuerschutzausschuss zu seiner Sitzung am 25.06.2002 das betriebswirtschaftliche Abschlussergebnis 2001 mit einem geringen Überschuss von 30.416,00 DM, was einem Kostendeckungsgrad von 100,62 % entspricht, für den Unterabschnitt 160 "Rettungsdienst" vorgelegt.

Anhand des hochgerechneten Fahrtenaufkommens in 2002 (Grundlage bis Ende Oktober) ist davon auszugehen, dass für 2002 - auch bei weiter stabilem Fahrtenaufkommen - keine Kostendeckung erreicht werden kann. Im Jahr 2002 werden die Personalkosten nicht nach KGSt-Durchschnittskosten der Besoldungsgruppe A 7, sondern nach den tatsächlichen hiesigen Ist-Kosten gemäß Besoldungsgruppe A 7 angesetzt. Außerdem führt die Neubeschaffung, insbesondere von Fahrzeugen, zu einem weiteren Anstieg der kalkulatorischen Kosten.

Die Besoldungserhöhung von 2,4 % zum 1. Januar 2002 wirkt zusätzlich kostensteigernd. Zwar wurden die Rettungsdienstgebühren zum 1. Januar 2002 um 1,84 % angehoben, dennoch ist unter der Annahme konstanter Einsatzzahlen von einem weiteren Ergebnismrückgang auszugehen. Der nachstehenden Übersicht sind die Prognosen/Kalkulationen für 2002 und 2003 zu entnehmen.

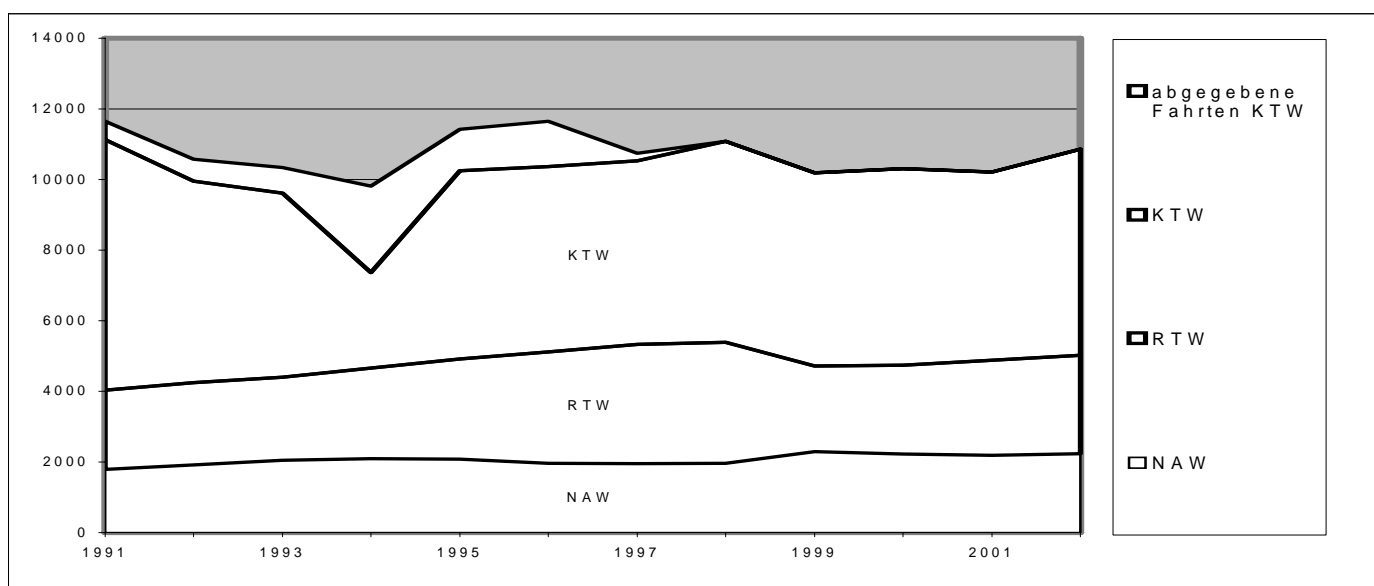
**UA 160 – Rettungsdienst - Hochrechnung 2002/Prognose 2003**

Kosten-/Erlösarten		Wirtschafts- rechnung 2000 DM	Wirtschafts- rechnung 2001 DM	Voraus. Ergebnis 2002 DM	Voraus. Ergebnis 2002 €	Prognose 2003 €
4100	Persönliche Ausgaben SN A	3.060.591	3.000.989	3.354.248	1.715.000	1.750.000
4160	Sonstige Personalausgaben	256.978	281.224	289.463	148.000	150.000
4165	Kosten Zivildienstleistende	38.799	41.434	41.072	21.000	21.000
5001	Unterhaltung der Gebäude	1.711	9.317	3.912	2.000	2.500
5200	Ergänzung/Unterhaltung des Beweglichen Vermögens	30.537	14.296	41.072	21.000	15.300
5300	Mieten	0	0	3.520	1.800	2.200
5500	Betriebskosten der Fahrzeuge	167.438	170.614	176.025	90.000	100.000
5600	Dienst- und Schutzbekleidung	27.567	43.424	58.675	30.000	30.700
5620	Reise- und Schulungskosten	10.639	17.709	19.558	10.000	10.200
5700	Verbandstoffe/Medikamente	81.228	93.782	105.615	54.000	53.700
6500	Geschäftsausgaben	115.174	112.850	111.482	57.000	57.000
6540	Reisekosten für Fahrer	2.255	2.158	2.543	1.300	1.300
6611	Vermischte Ausgaben	80	88	98	50	50
6790	Erstattung Kostenanteil an Leitstelle	529.534	561.893	616.086	315.000	300.000
6791	Erstattungen Fuhrpark	40.113	24.770	25.426	13.000	13.000
6799	Erstattung Verwaltungskosten	217.500	221.900	223.356	114.200	116.400
6800	Kalkulatorische Abschreibungen	116.472	176.971	199.495	102.000	110.000
6850	Kalkulatorische Zinsen	84.066	98.358	123.217	63.000	63.000
6850	Anteilskosten Leitung FB 6	33.126	31.181	33.249	17.000	17.500
Summe Kosten		4.813.808	4.902.958	5.428.113	2.775.350	2.813.850
1100	Gebühren aus Krankentransporten	<b>4.668.177</b>	<b>4.709.556</b>	<b>5.137.313</b>	<b>2.626.667</b>	<b>2.696.550</b>
1550	Ersatz Fernspreckgebühren	0	0	0	0	0
1570	Vermischte Einnahmen	290	529	5.867	3.000	100
1571	Erstattung von Versicherungsleistun- gen	0	2.947	978	500	0
1672	Erstattung Personalkosten für Luft- Rettungsdienst	203.653	203.519	207.318	106.000	109.000
1740	Zuschüsse des Bundesamts für Zivildienstleistende	16.059	16.823	16.038	8.200	8.200
Summe Erlöse		4.888.179	4.933.374	5.367.515	2.744.367	2.813.850
<b>Gesamtkosten</b>		<b>4.813.808</b>	<b>4.902.958</b>	<b>5.428.113</b>	<b>2.775.350</b>	<b>2.813.850</b>
<b>Gesamterlöse</b>		<b>4.888.179</b>	<b>4.933.374</b>	<b>5.367.515</b>	<b>2.744.367</b>	<b>2.813.850</b>
Über-/Unterdeckung		74.371	30.416	-60.598	-30.983	0
Kostendeckungsgrad (%)		101,54	100,62	98,88	98,88	100

Die Prognosen für 2002 und 2003 basieren neben der voraussichtlichen Kostenentwicklung auf dem hochgerechneten Fahrtenaufkommen der letzten 12 Monate. Dabei wird unterstellt, dass sich die Einsatzzahlen in 2003 auf dem Niveau des Jahres 2002 stabilisieren. Die Zeitreihe des Fahrtenaufkommens 1991 – 2002 zeigt zwar einige Schwankungen, bei einer Gesamtbetrachtung entsprechen die prognostizierten Werte für 2002 (und 2003) aber annähernd dem Durchschnittsaufkommen der letzten 10 Jahre.

#### Fahrtenaufkommen 1991 – 2002

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	Prognose 2002/2003
NAW	1.791	1.914	2.044	2.098	2.078	1.961	1.955	1.968	2.295	2.221	2.190	2.232
RTW	2.240	2.332	2.359	2.560	2.845	3.151	3.369	3.417	2.420	2.523	2.693	2.793
KTW	7.101	5.709	5.211	2.708	5.326	5.249	5.205	5.703	5.476	5.558	5.324	5.837
abgegebene Fahrten	513	625	726	2.448	1.172	1.288	209					
Insgesamt	11.645	10.580	10.340	9.814	11.421	11.649	10.738	11.088	10.191	10.302	10.207	10.862



Aufgrund der sich für 2003 abzeichnenden unabweisbaren Kostensteigerungen (Gehaltserhöhung, Veranschlagung erhöhter Abschreibungen aufgrund von dringender Ersatzbeschaffungen) ist daher eine Gebührenerhöhung zum 1. Januar 2003 erforderlich. Gemeinsam mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein wurde mit den Krankenkassen das Einvernehmen gemäß § 14 (2) des Gesetzes über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmen (RettG) über eine Gebührenerhöhung von insgesamt **3,4 v. H.** erzielt, die im Rettungsdienstbereich erwirtschaftet werden sollen. Daher werden die Rettungsdienstgebühren bei den Stadtfahrten wie folgt angepasst, um die benötigte Erhöhung von 3,4 v. H. im Gesamtbudget und damit einen Gesamtausgleich zu erreichen:

	bisher	neu
RTW-Pauschale	265 Euro	273 Euro
NEF-Pauschale	200 Euro	221 Euro
NAW-Pauschale	465 Euro	494 Euro.

Die Gebühren für den Krankentransport und die Fernfahrten (Kilometergeld) bleiben unverändert.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister  
I. Beigeordneter

Anlagen: 1

# Anlage 1

## **1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung**

für den öffentlichen Krankentransport- und Rettungsdienst der Stadt Siegen  
vom 29. November 2001

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666 / SGV NW 2023), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. März 2000 (GV NW S. 245) und der §§ 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NW) vom 21. Oktober 1969 (GV NW S. 712 / SGV NW 610) in der z. Z. geltenden Fassung i.V.m. dem Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmen (RettG) vom 24. November 1992 (GV NW S. 458 / SGV NW S. 215), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Juni 1999 (GV NW S. 386 ff / SGV NW 213) und unter Beachtung des § 133 Abs. 2 des SGB V vom 20.12.1988 (BGBl. I S. 2477, 2482) hat der Rat der Stadt Siegen am 18. Dezember folgende 1. Änderungssatzung beschlossen:

### § 2

- Höhe der Gebühren -  
- Erhält folgende neue Fassung -

(1) Die Gebühren betragen:

#### 1. Stadtfahrten

Krankentransportwagen (KTW)	92	Euro
Rettungswagen (RTW)	273	Euro
Notarztwagen (NAW)	494	Euro
Notarzteinsatzfahrzeug (NEF)	221	Euro

Diese Änderungssatzung tritt am 1. Januar 2003 in Kraft.

Im übrigen bleibt die Satzung unverändert bestehen.



## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 7 / Stadtplanung  
Bearbeitet von: Herrn Brede

Datum  
24.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

<b>Bauausschuss</b>	<b>18.11.2002</b>
---------------------	-------------------

---

<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>04.12.2002</b>
-----------------------------------	-------------------

---

<b>Rat</b>	<b>18.12.2002</b>
------------	-------------------

---

**Bezirksausschuss I - Geisweid**

---

Betreff:

**1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" in Meiswinkel;**

**hier:** ➤ **Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**  
➤ **Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen**  
➤ **Beschluss der 1. Bebauungsplanänderung als Satzung**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden;
2. es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Bürgern und den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) keine Anregungen bzw. Stellungnahmen vorgebracht wurden;
3. die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" als Satzung;
4. die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" laut Anlage 2.

## **Sachverhalt / Begründung:**

Das Plangebiet der 1. Änderung des Bebauungsplanes umfasst das gesamte Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße. Die Bebauung des Plangebietes ist bis auf wenige Baulücken abgeschlossen.

Gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" sind Eigenheime in Flachdach- und Satteldachbauweise errichtet worden. Geleitet von den damaligen städtebaulichen Vorstellungen war im Bebauungsplan festgesetzt, dass westlich der Berghofstraße und in anderen Teilbereichen an der Straße "Über den Höfen" die Eigenheime mit Flachdächern zu versehen sind.

Diese Eigenheime sind eingeschossig, teilweise wegen der Hanglage mit sichtbarem Untergeschoss errichtet worden.

In den anderen Teilbereichen des Bebauungsplanes sind für die Eigenheime Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig. Entsprechend sind die Häuser so errichtet worden.

Mit der Begründung, Wohnraum zu schaffen und deshalb neben den Flachdächern auch Satteldächer zuzulassen, ist von einigen Bürgern diese Änderung beantragt worden.

In der Zeit vom 07.01. bis 21.01.2002 ist eine Bürgerbeteiligung durchgeführt worden. Die Niederschrift ist als Anlage beigelegt. Während dieser Bürgerbeteiligung sind Anregungen dahingehend vorgebracht worden, Drempe und Dachgauben zuzulassen. Den Anregungen ist gefolgt worden. Auf Empfehlung des Bauausschusses des Rates der Stadt Siegen ist die Drempehöhe auf 0,75 m erhöht worden.

Unter Berücksichtigung der umgebenden städtebaulichen Situation werden die Gestaltungsvorschriften des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" wie folgt geändert:

### Dächer:

1. Für die Hauptgebäude sind nur Flach- und / oder Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig.
2. Für Garagen und sonstige eingeschossige Nebengebäude sind neben Satteldächern auch Flach- und Pultdächer zulässig.
3. Dachaufbauten sind mit einer Minstdachneigung von 20° zu versehen. Sie müssen von den Giebelaußenwänden mind. 1,50 m entfernt sein.  
Die Gesamtbreite der Dachaufbauten je Dachfläche darf insgesamt 1/3 der darunter liegenden Außenwandbreite betragen.
4. Drempe sind nur bis 0,75 m Höhe - gemessen von Oberkante Rohdecke bis Oberkante Aufmauerung - zulässig.
5. Als Dacheindeckung sind außer bei Flach-, Solar-, Glas- und Gründächern nur Dachpfannen, Bitumenschindeln und Natur- und Kunstschiefer in den Farbtönen "grau" und "braun" zulässig. Als Grauton ist mind. lichtgrau nach RAL 7035 oder dunkler, als Brauton ist mind. ockerbraun nach RAL 8001 oder dunkler zu wählen.

6. Zur Sicherung und Wahrung der Gebäudeproportionen ist eine Firsthöhe bzw. Dachoberkante von max. 4,50 m Höhe ab Oberkante Erdgeschossrohdecke bzw. Balkenlage bis Dachaußenhaut zulässig.

Die öffentliche Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" hat in der Zeit vom 16.09.2002 bis 16.10.2002 stattgefunden.

Mehrere Bürgerinnen und Bürger haben die Planunterlagen eingesehen und sich das Planungsziel erläutern lassen.

Schriftliche Anregungen sind nicht vorgebracht worden.

#### FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer  <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich
------------------------------	--------------------------	-----------------------------	---	--

#### VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--	--	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune  
Stadtbaurat

Anlagen : 2

# B e g r ü n d u n g

zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße"  
im Stadtteil Siegen-Meiswinkel

## 1. Plangebiet

Das Plangebiet liegt im Stadtteil Siegen-Meiswinkel an der Berghofstraße und ist im nachstehenden Lageplan umgrenzt.

## 2. Anlass und Ziel der Bebauungsplanänderung

Das Plangebiet der Änderung liegt in einem mit frei stehenden Eigenheimen bebauten Bereich beidseitig der Berghofstraße.

Die Grundstücke des Planbereiches sind größtenteils bebaut.

Geleitet von den damaligen städtebaulichen Vorstellungen war im Bebauungsplan festgesetzt, dass westlich der "Berghofstraße" und in anderen Teilbereichen an der Straße "Über den Höfen" die Eigenheime mit Flachdächern zu versehen sind. Die Eigenheime sind eingeschossig, teilweise wegen der Hanglage mit sichtbarem Untergeschoss errichtet worden.

In Teilbereichen des Bebauungsplanes sind für die Eigenheime Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig.

Mit der Begründung, neben den Flachdächern auch Satteldächer zuzulassen, um Wohnraum zu schaffen und der Flachdachproblematik zu entgehen, ist die Zulassung von Satteldächern beantragt worden.

Eine daraufhin von der Stadt Siegen durchgeführte Anwohnerbefragung ergab, dass sich die Mehrheit für eine Änderung der Gestaltungsvorschriften ausgesprochen hat, während vier Anlieger sich gegen eine Änderung ausgesprochen haben.

Während der Bürgerbeteiligung ist die Zulassung von Drempeln und Gauben beantragt worden. 2 Bürger haben die Änderung begrüßt.

Unter Berücksichtigung der umgebenden städtebaulichen Situation sollen folgende Festsetzungsvorschläge umgesetzt werden:

### Dächer

- 2.1 Für die Hauptgebäude sind nur Flach- und/oder Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig.
- 2.2 Für Garagen und sonstige eingeschossige Nebengebäude sind neben Satteldächern auch Flach- und Pultdächer zulässig.
- 2.3 Dachaufbauten sind mit einer Mindestdachneigung von 20° zu versehen. Sie müssen von den Giebelaußenwänden mind. 1,50 m entfernt sein. Die Gesamtbreite der Dachaufbauten je Dachfläche darf insgesamt 1/3 der darunter liegenden Außenwandbreite betragen.
- 2.4 Drempel sind nur bis 0,75 m Höhe - gemessen von Oberkante Rohdecke bis Oberkante Aufmauerung - zulässig.
- 2.5 Als Dacheindeckung sind außer bei Flach-, Solar-, Glas- und Gründächern nur Dachpfannen, Bitumenschindeln und Natur- und Kunstschiefer in den Farbtönen "grau" und "braun" zulässig. Als Grauton ist mind. lichtgrau nach RAL 7035 oder dunkler, als Branton ist mind. ockerbraun nach RAL 8001 oder dunkler zu wählen.
- 2.6 Zur Sicherung und Wahrung der Gebäudeproportionen ist eine Firsthöhe bzw. Dachoberkante von max. 4,50 m Höhe ab Oberkante Erdgeschossrohdecke bzw. Balkenlage bis Dachaußenhaut zulässig.

### **3. Erschließung, Ver- und Entsorgung, Eingriffe in Natur und Landschaft, Stellplätze**

Die Erschließung des Änderungsbereiches erfolgt über die vorhandenen Erschließungsstraßen.

Die Ver- und Entsorgung ist durch die vorhandenen Leitungsnetze sichergestellt.

Eingriffe in Natur und Landschaft werden durch die Bebauungsplanänderung nicht ausgelöst.

Stellplätze müssen, soweit Dachgeschosse zu Wohnzwecken ausgebaut werden und eine selbständige Wohnung entsteht, auf den Grundstücken selbst nachgewiesen werden.

### **4. Kosten**

Kosten entstehen der Stadt durch diese Bebauungsplanänderung nicht.

Siegen, im März 2002

Stadt Siegen  
Fachbereich 7 / Stadtplanung  
I. A.

Ulrike Rohr

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 8 / Grünflächen  
Bearbeitet von: Herrn Langenbach

Datum  
15.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Bauausschuss</b>	<b>18.11.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>04.12.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>18.12.2002</b>

Betreff:

**7. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet von Siegen vom 27.01.1981; hier: Erhöhung der einzelnen Gebührentarife nach § 4 der Satzung**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß Anlage 9 die 7. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet Siegen vom 27.01.1981.

### **Sachverhalt / Begründung:**

#### **I. Sachstand**

Der in Abstimmung zwischen dem Innenministerium NRW und den Bezirksregierungen erarbeitete Handlungsrahmen zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten sieht vor, dass in den klassischen Gebührenhaushalten keine Unterdeckungen entstehen dürfen. Der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein hat in seiner Genehmigungsverfügung vom 22.05.2002 zur Haushaltssatzung 2002 der Stadt Siegen und zur 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes nochmals auf diesen Handlungsrahmen verwiesen und explizit das Anstreben der größtmöglichen Kostendeckung eingefordert.

Die Betriebsabrechnung weist für 2001 einen Kostendeckungsgrad von 72,87 Prozent aus, da die Gesamtausgabebeträge gegenüber 2000 nochmals um ca. 46.000 € reduziert werden konnten. Das Ausgabeniveau liegt damit unter dem Wert von 1991. Im vergangenen Jahr wurden aufgrund der Erhöhung zum 10.07.2001 Bestattungsgebühren in Höhe von 1.879.137 € eingenommen (Haushaltsansatz für 2001 = 1.917.344 €).

Setzt sich allerdings der deutlich erkennbare Trend zu preiswerteren Bestattungsformen (Urnengräber) weiter fort (siehe hierzu auch das als Anlage 1 beigefügte Diagramm), werden die Gebühreneinnahmen bei Beibehaltung der jetzigen Gebührensätze in Zukunft wieder zurückgehen. Damit wird ein erneutes Absinken des Kostendeckungsgrades einhergehen, da die bestimmenden Kostengrößen, Personalkosten und kalkulatorische Kosten nicht beliebig weiter abgebaut werden können, wobei auch die Aufrechterhaltung eines reibungslosen Bestattungsbetriebes hier Grenzen setzt.

Um den Vorgaben des Handlungsrahmens zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten und der Forderung des Landrates zu genügen und gleichzeitig der angespannten Haushaltslage der Stadt Siegen Rechnung zu tragen, ist der unzureichende Kostendeckungsgrad weiter zu verbessern. Angestrebt wird ein hierbei ein Kostendeckungsgrad von ca. 80 %.

## II. Kalkulationsgrundlagen

### 1. Allgemeines

Die hier vorliegende Einzelkalkulation der Friedhofsgebühren wird aus der vorhandenen Betriebsabrechnung 2001 für den UA 750 - Bestattungswesen - abgeleitet, wie dies auch ausdrücklich die Ziele der Betriebsabrechnung vorsehen. Gleichzeitig sind die der letzten Kalkulation zugrundeliegenden Daten aktualisiert und an veränderte Gegebenheiten angepasst worden.

Durch die Neuregelung des § 6 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) ist ein Kalkulationszeitraum von bis zu 3 Jahren zulässig. Die vorliegende Kalkulation bezieht sich auf das Jahr 2003, da eine längerfristige Prognose stark risikobehaftet ist.

Da die Kostenrechnung sämtliche im Bestattungswesen angefallenen Kosten erfasst, können diese auch im Rahmen der Kalkulation vollständig verrechnet werden, wodurch eine kostendeckende Gebühr ermittelt werden kann.



In der Betriebsabrechnung erfolgt die Aufteilung der Gesamtkosten auf die Hauptkostenstellen 10 (Bestattung/Umbettung), 11 (Überlassung von Begräbnisplätzen), 12 (Trauerhallen und Leichenzellen) und die Nebenkostenstellen 13 (Grabmalgenehmigung und -prüfung) sowie 14 (Kriegsgräber und jüdische Friedhöfe). Bei der Kostenstelle 14 werden keine Gebühren erhoben.

Da jeder Kostenstelle mehrere Gebührenpositionen zuzuordnen sind, ist für die Gebührenermittlung eine weitere Aufteilung der Kosten erforderlich. Diese erfolgt im Fall der Kostenstelle 12 durch eine einfache Divisionskalkulation, bei der die kostendeckende Gebühr durch Division der Kosten für jeden der beiden Bereiche durch die jeweilige Fallzahl ermittelt wird. Bei den übrigen Kostenstellen erfolgt die Ermittlung der Einzelgebühren unter Anwendung des sog. Äquivalenzziffernverfahrens, welches in der Anlage 7 näher erläutert ist.

## 2. Änderung der Kalkulationsgrundlagen

Von der zugrundeliegenden Systematik her entspricht diese Gebührenkalkulation weitgehend den vorangegangenen Gebührenberechnungen vom Dezember 1997, Februar 2000 und Juli 2001. Allerdings hat die Entwicklung der letzten Jahre mit einer ständigen Zunahme der Feuerbestattungen (derzeitiger Anteil ca. 41 %, d.h. eine Verdoppelung in den letzten zehn Jahren) und insbesondere der anonymen Urnenbestattungen zu einem starken Ungleichgewicht zwischen den Gebühren für die Überlassung von Begräbnisplätzen für Urnenbestattungen und Erdbestattungen geführt da letztere nach dem bisherigen Berechnungsschlüssel aufgrund ihrer größeren Fläche die Hauptlast der Gebühren und der Gebührenerhöhungen zu tragen hatten. Bei unveränderter Vorgehensweise zur Gebührenermittlung wird sich diese Schieflage weiter verstärken, wobei dem Gebührenungleichgewicht zu Lasten der Erdgräber kein entsprechend größerer Nutzen gegenüber steht. Das hat zur Folge, dass die konventionellen Bestattungsformen einseitig belastet werden und die günstigeren Gebühren für Feuerbestattungen subventionieren.

Um wieder eine Gebührengerechtigkeit zu erreichen, müssen daher die Kalkulationsgrundlagen geändert werden, wobei an die Gebührenkalkulation für die Kostenstelle 11 – Überlassung von Begräbnisplätzen – nunmehr folgende Anforderungen zu stellen sind:

- ausgewogenere und sachgerechtere Gebührenerhebung
- stabile Grundlage für die notwendigen Gebühreneinnahmen
- Berücksichtigung des zusätzlichen Pflegeaufwandes für anonyme und Rasengrabstätten
- Staffelung der Gebühren für Reihen- und Wahlgrabstätten
- Berücksichtigung von Erschließungsaufwand und Flächenverbrauch

Die hierzu entwickelte Berechnungssystematik wird unter Punkt II,4 – Besonderheiten bei den einzelnen Kostenstellen – im Detail erläutert. Diese neue Systematik soll auch für künftig erforderliche Gebührenberechnungen beibehalten werden.

### 3. Einflussgrößen

Neben den Äquivalenzziffern (Gewichtungsfaktoren), mit denen die verschiedenen Leistungen vergleichbar gemacht werden, sind für die Neukalkulation der Einzelgebühren und insbesondere auch für die Ermittlung des Gesamtvolumens der Erhöhung, die Gesamtkosten der jeweiligen Kostenstellen sowie die entsprechenden Fallzahlen zu berücksichtigen.

Um das angestrebte Einnahmenvolumen und den damit verbundenen Kostendeckungsgrad tatsächlich zu erreichen und für den Kalkulationszeitraum beizubehalten, ist eine Prognose über die in diesem Zeitraum zu erwartenden Kosten und Fallzahlen zu treffen.

Die Kosten der einzelnen Kostenstellen werden hierzu aus der Betriebsabrechnung des Jahres 2001 abgeleitet. Dabei wird unterstellt, dass sich aufgrund der Budgetierung mit festen Ausgabegrenzen keine Veränderung der Unterhaltungs-/ Betriebskosten ergeben wird. Eine Ausnahme gilt nur für die durch den Kreis Siegen-Wittgenstein erhobenen Deponiegebühren. Aufgrund der dort für das Jahr 2003 beabsichtigten Erhöhungen ist mit einer Steigerung der Deponiekosten um ca. 40.000 € zu rechnen.

Für die kalkulatorischen Kosten sind weitere Veränderungen über die bereits erfolgte Berücksichtigung von Abzugskapital bei der Berechnung der kalkulatorischen Zinsen für die Trauerhallen hinaus nicht zu unterstellen, da davon ausgegangen werden kann, dass sich Zu- und Abgänge bei den Vermögenswerten als zugrundeliegenden Größen in etwa ausgleichen werden.

Im Bereich der Personalkosten sind die Personalkostensteigerungen für 2003 entsprechend der Kalkulation des SN A berücksichtigt.

Bei den Fallzahlen wird ein Prognosewert angesetzt, der sich aus der Entwicklung der Einzelfallzahlen im Zeitraum 1996 bis 2001 ergibt und diesen Trend fortschreibt. Die zugrundeliegende Gesamtfallzahl von 1.214 Bestattungen/ Jahr) im Bestattungsbereich entspricht dem Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2001.

### 4. Besonderheiten bei den einzelnen Kostenstellen

#### Kostenstelle 10 - Bestattung/Umbettung

Ausgangsbasis der Kalkulation ist hier der Zeitbedarf für die jeweilige Bestattungsart. Der bei bestimmten Bestattungsarten notwendige Einsatz des Gräberbaggers wird durch eine Gewichtung der Arbeitsstunden be-

rücksichtigt. Für die Ermittlung der Äquivalenzziffern ebenfalls von Bedeutung ist die in den Fällen der Ausbettung mit anschließender Überführung oder Ausbettung mit anschließender Wiederbestattung gewährte sogenannte Umbettungszulage.

#### Kostenstelle 11 - Überlassung von Begräbnisplätzen

Bei der Ermittlung der Äquivalenzziffern/ Gebühren in diesem Bereich wurden auch bisher schon folgende Gesichtspunkte berücksichtigt:

- die Brutto-Grabfläche in m<sup>2</sup>
- die Höhe der Erschließungskosten
- der Pflegeaufwand
- die unterschiedliche Nutzungsdauer der Grabstätten
- der Anteil des „öffentlichen Grüns“

Unter dem Begriff Brutto-Grabfläche ist die eigentliche Fläche der Grabstelle zuzüglich der unmittelbar angrenzenden Wegeflächen, die zur Nutzung des Grabes erforderlich sind, zu verstehen. Durch diese Größe wird der unterschiedliche Flächenverbrauch je Grabart dargestellt. Die Höhe der Erschließungskosten wird über einen Erschließungskostenfaktor berücksichtigt, der den unterschiedlichen Aufwand für die Anlage von Grabfeldern abbildet. Da bei anonymen Bestattungsarten und bei den Rasengräbern die Pflege der Grabflächen nicht durch die Nutzungsberechtigten, sondern die Grünflächenabteilung erfolgt, wird dieser - gegenüber sonstigen Grabstätten/ Grabfeldern erhöhte - Pflegeaufwand ebenfalls einbezogen.

Zur Bestimmung des Kostendeckungsgrades ist in diesem Bereich neben den Gebühreneinnahmen auch der sogenannte Anteil "öffentliches Grün" zu berechnen. Dies erfolgt entsprechend der Ausweisung im Betriebsabrechnungsbogen als zusätzliche Einnahmeposition - Erstattung von UA 580 – Grünflächen – für die Pflege der anteiligen Grünflächen auf Friedhöfen. Die Zurechnung dieses Anteils auf die einzelnen Gebührenpositionen erfolgt ebenfalls im Rahmen einer Äquivalenzziffernrechnung unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Nutzungsdauern. Durch die Berücksichtigung des „öffentlichen Grüns“ kommt zum Ausdruck, dass die Friedhöfe mit ihrem zum Teil stadtbildprägenden Baumbestand und den Freiflächen auch einen nicht unerheblichen Erholungswert für alle Einwohnerinnen und Einwohner haben, der nicht dem Gebührenzahler zuzurechnen ist. Entsprechend dem Flächenanteil der Friedhöfe der nicht Bestattungszwecken dient, werden hierfür 33 % der Kosten der Hauptkostenstelle 11 veranschlagt.

Wie oben dargelegt, war die Berechnungssystematik zu überarbeiten, um sie den geänderten Anforderungen anzupassen. Dazu werden die auf die Kostenstelle 11 – Überlassung von Begräbnisplätzen – entfallenden Gesamtkosten zwei Kostenblöcke – grabartunabhängige und grabartabhängige Kosten aufgeteilt.

Die **grabartunabhängigen Kosten** bestehen aus den Pflege- und Unterhaltungskosten für die Grabflächen und Pflegeflächen der städtischen Friedhöfe. Diese Kosten fallen an, um den jeweiligen Friedhof als Ganzes betreiben zu können und benutzbar zu machen. Erst dadurch wird die Nutzung des einzelnen Grabes auf dem Friedhof ermöglicht. Daher werden diese Kosten auf alle Bestattungen gleichermaßen umgelegt, wobei nur nach der unterschiedlichen Nutzungsdauer und dem zusätzlichen Pflegeaufwand für anonyme bzw. Rasengräber differenziert wird.

Die **grabartabhängigen Kosten** setzen sich aus den kalkulatorischen Kosten, da diese den Aufwand für die Anlage der unterschiedlichen Grabfelder und den Flächenverbrauch abbilden sowie dem Teil der Abfallsorgungskosten zusammen, der auf die Grabpflege zurückzuführen ist. Für die Grabkammern werden die kalkulatorischen Kosten direkt dieser Bestattungsart zugerechnet. Die Verteilung der sonstigen grabartabhängigen Kosten erfolgt wie bisher unter Berücksichtigung der Bruttograbfläche, der Nutzungsdauer und der Erschließungskosten. Sie sind maßgeblich für die Differenzierung zwischen Grabarten mit gleicher Nutzungsdauer, z.B. zwischen den verschiedenen Erdgrabstätten.

Durch die Umstellung der Berechnungssystematik differieren die einzelnen Erhöhungsbeträge, abhängig von der vorherigen Gebührenhöhe, teilweise sehr stark. Dies ist ein einmaliger Effekt, der sich zukünftig nicht wiederholen wird.

#### Kostenstelle 13 - Grabmalgenehmigung und -prüfung

Die Äquivalenzziffern für diese Kostenstelle errechnen sich aus dem anteiligen Verwaltungsaufwand, aus dem Zeitbedarf für die Kontrolle des Grabmales vor Ort, aus der Überprüfung des Grabmales auf Standsicherheit sowie aus dem Zeitbedarf für das Abräumen nach Ablauf der Nutzungsdauer.

Durch die Berücksichtigung des unterschiedlichen Zeitbedarfes für das Abräumen der Gräber werden insbesondere die hierfür anfallenden Entsorgungskosten verursachungsgemäß zugerechnet.

### III. Änderung der Gebührensätze

Zur Zeit weisen die verschiedenen Kostenstellen unterschiedliche Deckungsgrade auf. Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, im Rahmen der Gebührenanpassung einen einheitlichen Deckungsgrad für alle Kostenstellen anzustreben oder die notwendige Anpassung auf der Basis der vorliegenden Kostendeckungsgrade vorzunehmen.

Ein einheitlicher Kostendeckungsgrad für alle Kostenstellen würde Gebührensenkungen im Bereich der Bestattungen nach sich ziehen, die durch Anhebungen bei den sonstigen Kostenstellen ausgeglichen würden.

Die Hauptlast würde allerdings bei der Nutzung der Trauerhallen anfallen und dort zu einer deutlichen Steigerung der Nutzungsgebühr führen, da diese Kostenstelle den niedrigsten Deckungsgrad aller Kostenstellen aufweist. Ursächlich dafür sind auch die stark voneinander abweichenden Gesamtkosten je Kostenstelle. So macht eine Verbesserung des Kostendeckungsgrades um 1 Prozentpunkt, z. B. bei der Kostenstelle 10 einen Betrag von 5.621 € aus, bei der Kostenstelle 11 aber 27.533 €.

Um zu angemessenen Erhöhungen in den jeweiligen Bereichen zu gelangen, wird daher weiterhin von unterschiedlichen Kostendeckungsgraden je Kostenstelle ausgegangen.

#### Kostenstelle 10 - Bestattungen/ Umbettungen

Der Kostendeckungsgrad der einzelnen Gebührenpositionen innerhalb der Kostenstelle liegt bei ca. 100 %, so dass sich nur bei einigen Bestattungsarten minimale Gebührenerhöhungen von 1 – 8 € ergeben, wenn der vorgeschlagene Kostendeckungsgrad von 100 % beschlossen wird.

Da die fachlichen Gründe für unterschiedliche Gebührensätze bereits in die Kalkulation eingeflossen sind, besteht kein Anlass, darüber hinaus unterschiedliche Kostendeckungsgrade für die einzelnen Gebührenpositionen zugrunde zu legen, durch die bestimmte Gebührenzahler nochmals stärker belastet würden als andere.

Das Angebot von Rasengräbern trägt Wünschen aus der Bevölkerung Rechnung, die ein konventionell angelegtes Grab nicht pflegen können, aber dennoch keine anonyme Bestattung wünschen.

Die Beisetzung von Urnen in einer vorhandenen herkömmlichen Erd-Grabstätte anstelle in einem speziellen Urnengrab wird nicht separat ausgewiesen, da hier jeweils der gleiche Aufwand zu veranschlagen ist, der nur danach zu unterscheiden ist, ob es sich um eine Bestattung in einem Wahlgrab oder einem Reihengrab handelt.

Bestattungsart	kostendeckende Gebühr (EUR)	derzeitige Gebühr (EUR)	vorgeschlagene Gebühr (EUR)	Erhöhungsbetrag (EUR)
Reihengrab (Kinder)	286,87	285,00	286,87	1,87
Reihengrab (Erw.)	629,85	626,00	629,85	3,85
Reihengrab (Urne)	178,73	178,00	178,73	0,73
Rasengrab	822,15	817,00	822,15	5,15
Wahlgrab (Kinder)	332,12	330,00	332,12	2,12
Wahlgrab (Erw.)	709,03	705,00	709,03	4,03
Wahlgrab (Urne)	207,24	206,00	207,24	1,24
Grabkammer	412,66	410,00	412,66	2,66
Grabkammer (Urne)	207,24	206,00	207,24	1,24
Anonym (Urne)	137,10	136,00	137,10	1,10
Anonym (Urne mit A.)	204,97	204,00	204,97	0,97
Anonym (Erd)	822,15	817,00	822,15	5,15
Anonym (Totgeb.)	190,04	189,00	190,04	1,04
Leichenträger	79,18	79,00	79,18	0,18
Ausb./ Übf. (Erw.)	1.385,04	1.376,00	1.385,04	9,04
Ausb./ Übf. (Kind)	776,91	772,00	776,91	4,91
Ausb./ Übf. (Urne)	149,77	149,00	149,77	0,77
Ausb./ WB (Erw.)	1.747,02	1.736,00	1.747,02	11,02
Ausb./ WB (Kind)	954,28	948,00	954,28	6,28
Ausb./ WB (Urne)	173,75	173,00	173,75	0,75

(Anonym (Urne mit A.) = anonyme Urnenbestattung mit Teilnahme der Angehörigen; Ausb./ Übf. = Ausbettung zur Überführung, Ausb./ WB. = Ausbettung mit anschließender Wiederbestattung)

Eine detaillierte Übersicht zur Kalkulation der Gebühren der Kostenstelle 10 ist als Anlage (Anlage 2) beigefügt.

#### Kostenstelle 11 - Überlassung von Begräbnisplätzen

Ohne Gebührenanpassung wird der Kostendeckungsgrad bei dieser Kostenstelle auf ca. 40 bis 79 % zurückgehen. Die Ursachen hierfür liegen einerseits in den steigenden Kostenstellengesamtkosten aufgrund von Personal- und Deponiekostenerhöhungen. Aus den bereits im Falle der Kostenstelle 10 aufgeführten Gründen wird im Rahmen der Gebührenanpassung ebenfalls ein einheitlicher Deckungsgrad, hier von 80 %, für die Gebührenpositionen innerhalb dieser Kostenstelle zugrunde gelegt. Dieser errechnet sich, indem der

kostendeckenden Gebühr die Summe aus der hier vorgeschlagenen Gebühr und dem jeweiligen Anteil "Öffentliches Grün" gegenübergestellt werden.

Eine Ausnahme gilt nur für die anonyme Bestattung von Totgeburten, bei der nur eine geringfügige Erhöhung von 31,00 € vorgeschlagen wird (rechnerisch ergibt sich ein Erhöhungsbetrag von 678,48 €), damit der Abstand zu den gebührenfrei beizusetzenden Totgeburten mit einem Gewicht von weniger als 500 g nicht zu groß wird.

Bestattungsart	kostendeckende Gebühr (EUR)	Anteil Öffentliches Grün (EUR)	derzeitige Gebühr (EUR)	vorgeschlagene Gebühr (EUR)	Erhöhungsbetrag (EUR)
Reihengrab (Kinder)	1.754,80	719,34	356,00	684,50	328,50
Reihengrab (Erw.)	2.786,55	1.079,02	903,00	1.150,22	247,22
Reihengrab (Urne)	1.760,77	719,34	371,00	689,27	318,27
Rasengrab	3.226,34	1.079,02	1.245,00	1.502,06	257,06
Wahlgrab (NW)	3.437,87	1.079,02	1.628,00	1.671,28	43,28
Wahlgrab (HW)	3.903,53	1.079,02	2.026,00	2.043,81	17,81
Wahlgrab (Urne)	1.977,17	719,34	583,00	862,40	279,40
Grabkammer	2.728,16	431,61	1.592,00	1.750,92	158,92
Anonym (Urne)	1.915,65	719,34	51,00	813,18	762,18
Anonym (Erd)	3.226,34	1.079,02	1.074,00	1.502,06	428,06
Anonym (Totgeb.)	1.958,53	719,34	169,00	200,00	31,00

Die genaue Berechnung der Position "Öffentliches Grün" kann der als Anlage beigefügten detaillierten Übersicht zur Kalkulation der Gebühren der Kostenstelle 11 entnommen werden (Anlage 3).

#### Kostenstelle 12 - Trauerhallen und Leichenzellen

Für die Trauerhallennutzung beträgt der Kostendeckungsgrad 53,73 %, während im Falle der Nutzung der Leichenzellen (Aufbewahrung) ein Kostendeckungsgrad von 106,81 % zu erwarten ist.

Im sensiblen Bereich der Trauerhallennutzung soll der bisherige Gebührensatz von 297,00 € nur um 3,00 € auf einen glatten Betrag von 300,00 € erhöht werden, wodurch sich dann ein Kostendeckungsgrad von ca. 54,27 % ergeben würde. Für den Bereich der Aufbewahrung wird ein Kostendeckungsgrad von 100 % angestrebt, daher soll hier die Gebühr von 54,00 € auf 51,00 € gesenkt werden, um eine Kostenüberdeckung zu vermeiden.

Ein einheitlicher Kostendeckungsgrad von Trauerhallen und Leichenzellen (Aufbewahrung) ist bei dieser Kostenstelle nicht erforderlich, da es sich hier um voneinander unabhängige Vorgänge bzw. Nutzungen handelt (eine Nutzung der Trauerhalle erfolgt nur auf Wunsch).

Nutzungsart	kostendeckende Gebühr (EUR)	derzeitige Gebühr (EUR)	vorgeschlagene Gebühr (EUR)	Erhöhungsbetrag
Trauerhalle	552,75	297,00	300,00	3,00
Aufbewahrung	50,43	54,00	50,50	-3,50

Eine detaillierte Übersicht zur Kalkulation der Gebühren der Kostenstelle 12 ist als Anlage beigefügt (Anlage 4).

#### Kostenstelle 13 – Grabmalgenehmigung und -prüfung

Bei dieser Kostenstelle wird ein Kostendeckungsgrad von derzeit ca. 72 % erreicht. Angestrebt wird auch hier ein Kostendeckungsgrad von 100 %.

Genehmigungsart	kostendeckende Gebühr (EUR)	derzeitige Gebühr (EUR)	vorgeschlagene Gebühr (EUR)	Erhöhungsbetrag (EUR)
lieg. Grabmal	107,72	78,00	107,72	29,72
steh. Grabmal (Kind/Urne)	143,81	104,00	143,81	39,81
steh. Grabmal (Reihe)	188,52	136,00	188,52	52,52
steh. Grabmal (Wahl)	215,45	155,00	215,45	60,45
steh. Grabmal (Grabk.)	156,20	112,00	156,20	44,20

Eine detaillierte Übersicht zur Kalkulation der Gebühren der Kostenstelle 13 ist als Anlage beigefügt (Anlage 5).

#### **IV. Umfang der Gebührenerhöhung**

Durch die vorgeschlagenen neuen Gebühren sind Einnahmeverbesserungen in Höhe von 275.632,92 € gegenüber den Einnahmen zu erwarten, die erzielt werden können, wenn die Gebühren beibehalten werden. Die Einnahmeveränderungen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Kostenstelle	Einnahmen (Beibehaltung derzeitige Gebühren) EUR	Einnahmen (neu) EUR	Veränderung EUR	Kostendeckungsgrad
Bestattung/ Umbettung	558.839,00	562.130,67	3.291,67	100%
Überlassung v. Begräbnisplätzen	1.039.436,00	1.291.480,97	252.044,97	80%
Trauerhallen	276.165,09	278.954,63	2.789,55	54%
Leichenzellen	45.036,00	42.117,00	-2.919,00	100%
Grabmalgenehmigung u. Prüfung	53.153,65	73.579,39	20.425,74	100%
<b>Summe</b>	<b>1.972.629,74</b>	<b>2.248.262,66</b>	<b>275.632,92</b>	



Die Einnahmen und deren Veränderung ergeben sich aus der Multiplikation der prognostizierten Fallzahlen mit der derzeitigen Gebühr bzw. der vorgeschlagenen Gebühr.

Der Kostendeckungsgrad errechnet sich dann folgendermaßen:

Bezugsjahr	2003	2001
<b>Gesamtausgaben (EUR)</b>	<b>3.998.672,71</b>	<b>3.846.712,14</b>
Gebühreneinnahmen (EUR)	2.248.262,66	1.879.136,74
Erstattung f. öff. Grün (EUR)	908.602,96	870.349,67
Erstattung f. Kriegsgräber (EUR)	42.408,59	42.408,59
<b>Gesamteinnahmen (EUR)</b>	<b>3.199.274,21</b>	<b>2.791.895,00</b>
<b>Kostendeckungsgrad</b>	<b>80,01%</b>	<b>72,83 %</b>

in den grau unterlegten Feldern finden sich die Vergleichswerte aus der Betriebsabrechnung 2001

#### Anlagen:

1. Entwicklung der Bestattungsarten
2. Gebührenkalkulation Kostenstelle 10 - Bestattung/ Umbettung
3. Gebührenkalkulation Kostenstelle 11 - Überlassung von Begräbnisplätzen
4. Gebührenkalkulation Kostenstelle 12 - Trauerhallen und Leichenzellen
5. Gebührenkalkulation Kostenstelle 13 - Grabmalgenehmigung und -prüfung
6. Bestattungsgebührenübersicht Umland
7. Erläuterung des Äquivalenzziffernverfahrens
8. Betriebsabrechnungsbogen 1998
9. Friedhofsgebührensatzung

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten  nein	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt-bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer  <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung <input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit 2.100.000 €	Haushaltsstelle 1.750.1100.5
---	---	-------------------------------	--	------------------------------

In Vertretung

Gesehen:

Brune  
Stadtbaurat

Stötzel  
Bürgermeister

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich II  
Fachbereich Sport, Bäder

Datum  
03.12.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**04.12.2002**

---

**Rat**

**18.12.2002**

---

Betreff:

### **Sanierung des Naturfreibades Eiserfeld**

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dem Förderverein des Naturfreibades Eiserfeld e. V. für die Sanierung des Naturfreibades Eiserfeld über die bereits gewährten Mittel in Höhe von 112.484,21 € hinaus 20.000,00 € zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung zur Verfügung zu stellen.

Die Deckung erfolgt durch Umschichtungen / Einsparungen bei diversen Haushaltsstellen in den Unterabschnitten 560, 570 und 571 (Sport- und Bäderetat).

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Mit Vorlage 1282/01 vom 31.07.2001 beschloss der Rat, das Naturfreibad Eiserfeld zu erhalten und zu sanieren. Zum angedachten 1. Sanierungsabschnitt wurde ein städtischer Zuschuss von 220.000 DM (112.000 €) gewährt. Mit Vertrag vom 30.01./31.01.2002 ist dem Förderverein des Naturfreibades Eiserfeld dieser Betrag zur Verfügung gestellt worden. Damit sollte das Bad vorübergehend gebrauchstauglich gemacht werden bis die Haushaltslage der Stadt Siegen Beratungen über den 2. Sanierungsabschnitt zuließe, der laut Gutachten Salveter noch ca. 500.000 – 600.000 DM erfordere.

Durch die nun vom Planungsteam des Fördervereins erarbeiteten technischen Lösungen wird eine Wiederherstellung des Naturfreibades in einem Zuge angestrebt, ohne dass ein 2. Sanierungsabschnitt erforderlich ist. Der Förderverein wird eine Leistung erbringen, die bei völliger Vergabe einen Wert von 317.768 € darstellt (Anlage). Die technischen Lösungen wurden dem GB IV vorgestellt. Der Verein erklärt, für die Gesamtanierung (1. und 2. Stufe) noch eine Finanzierungslücke von 25.000 € zu haben. 5000 € sollen über eine Mittelvergabe durch den Bezirksausschuss Eiser-

feld für 2003 erfolgen. Ein entsprechender Beschluss ist ergangen. Die restlichen 20.000 € werden zusätzlich von der Stadt Siegen in 2003 erbeten. Der Verein erklärt, damit die Gesamtsanierung sicherzustellen und keine weiteren Nachfinanzierungen zu erbitten. Er erklärt ferner, weiter tätig bleiben zu wollen, um im Laufe der Zeit weitere Mittel für die Neuerrichtung des Sprungturms und anderer Attraktionen anzusammeln.

Die ausführende Firma Fey hält sich an ihr Festpreisangebot bis 31.12.2002 gebunden. Der Verein bittet um die Mittelzusage noch in 2002, um den Auftrag erteilen zu können.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer ist erfolgt:
20.000,00 €				„Ich verweise auf meine grundsätzli- che Stellungnahme vom 15.04.2002 zur Vorlage Nr. 1807/2002 vom 09.04.2002 (Bä- dergutachten / Analyse und Um- setzungsempfeh- lungen).“

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle 1.571.9601.4
--	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	---------------------------------

In Vertretung

Dr. Rohr  
Stadtrat

Anlagen: 5